

„Der Transformationsprozess der SED zur PDS“

**Schriftliche Hausarbeit
zur Erlangung des
Grades eines Magister Artium**

**in der
Fakultät für Geschichtswissenschaft
der
Ruhr-Universität Bochum**

**André Walter
2002**

- 1. Gutachter: Prof. Dr. Wilhelm Bleek**
- 2. Gutachter: Dr. Christian Jansen**

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	1
2.	Das SED-System bis 1989	7
2.1	Die Anfänge der SED-Diktatur	7
2.1.1	Die Ideologie der SED	9
2.1.2	Die Organisationsprinzipien und Struktur der SED	11
2.1.2.1	Die Organisationsprinzipien.....	11
2.1.2.2	Die Organisationsstruktur.....	13
2.1.3	Das Verhältnis zwischen SED und Staat.....	19
2.2	Die Ursachen des Machtverfalls der SED	22
2.2.1	Erste Ebene: Systemimmanente Strukturdefizite	22
2.2.1.1	Das politische Partizipationsdefizit	23
2.2.1.2	Das ökonomisch-soziale Versorgungsdefizit	25
2.2.1.3	Das nationale Identitätsdefizit	26
2.2.2	Zweite Ebene: Die Auswirkungen von Glasnost und Perestroika auf die DDR... ..	27
2.2.3	Dritte Ebene: Opposition, Massenflucht und Massendemonstrationen	32
2.3	Zwischenresümee	37
3.	Der Transformationsprozess der SED zur PDS	42
3.1	Die Erosion des SED-Systems	43
3.1.1	Der externe Machtverlust	43
3.1.1.1	Die Ablösung von Erich Honecker	43
3.1.1.2	Die kurze Ära Egon Krenz	45
3.1.2	Der interne Machtverlust.....	51
3.2	Der organisatorische Wandel der SED.....	54
3.2.1	Das erste Statut der SED/PDS.....	55
3.2.2	Das erste Statut der PDS	58
3.2.3	Das zweite Statut der PDS.....	61
3.3	Der ideologische und programmatische Wandel.....	64
3.4	Weitere Aspekte des Transformationsprozesses	68
4.	Fazit.....	71
5.	Quellen- und Literaturverzeichnis.....	78

Abkürzungsverzeichnis

AfNS	Amt für nationale Sicherheit
BRD	Bundesrepublik Deutschland
CDU	Christlich-Demokratische Union Deutschlands
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschlands
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
LDPD	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SMAD	Sowjetische Militäradministration Deutschlands
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
UdSSR	Union der sozialistischen Sowjetrepubliken
USA	United States of America (Vereinigte Staaten von Amerika)
ZK	Zentralkomitee
ZPKK	Zentrale Parteikontrollkommission

1. Einleitung

Nach dem Ende des 2. Weltkrieges wurde eine neue Etappe der Welt-Geschichte eingeleitet, die über 40 Jahre lang vom Ost-West-Konflikt - dem Kalten Krieg - geprägt war. Mit dem Amtsantritt von Michail Gorbatschow und seiner Politik der Glasnost und Perestroika kam Bewegung in das Verhältnis zwischen dem kapitalistisch geprägten Westen und dem von der Sowjetunion dominierten sozialistischen Ost-Block. Auch innerhalb der Staaten Osteuropas ermöglichten Glasnost und Perestroika seit Mitte der 80er Jahre Reformen, die in unterschiedlichen Geschwindigkeiten das Machtmonopol der sozialistischen Staatsparteien in Frage stellten und letztendlich deren Ende bedeuteten.¹ Hatte sich die SED zunächst noch erfolgreich Glasnost und Perestroika verschlossen², wurde sie im Jahr 1989 mit Entwicklungen in Form von erzwungenen Massenausreisen, Massendemonstrationen sowie der verweigerten Unterstützung durch die Sowjetunion konfrontiert, die das SED-Machtgefüge sowohl intern als auch extern zum Einsturz brachten. Die SED büßte innerhalb nur weniger Wochen ihren Herrschaftsanspruch ein und stand in Gefahr auseinanderzubrechen.³ Die Führung hatte sich als unfähig erwiesen, mit weitgreifenden Reformen auf den Druck der Straße und den der eigenen Basis zu reagieren und wurde dafür – wie es Gorbatschow prophezeit hatte – vom Leben für das Zuspätkommen bestraft. Als Folge dieser Entwicklungen musste sich die SED einem tiefgreifenden Struktur- und Funktionswandel unterziehen, um nicht von der politischen Bildfläche zu verschwinden. Die SED – zuvor alles überragende Staatspartei marxistisch-leninistischer Prägung – transformierte zur PDS, einer nicht mehr privilegierten Partei unter vielen im Parteiensystem.

Diese Magisterarbeit verfolgt anhand der Erkenntnisgegenstände SED, PDS und deren Transformationsprozess zwei Erkenntnisziele: zum einen eine darstellende Analyse des Transformationsprozesses von der SED zur PDS, die die Gründe und Ursachen sowie den Verlauf und das Ergebnis

¹ Gerner, Manfred: Partei ohne Zukunft, 211.

² Nakath, Monika: SED und Perestroika, 39.

³ Behrend, Manfred: Der schwere Weg der Erneuerung, 7.

des Transformationsprozesses erläutert. Ausgehend von der Annahme, dass ein Transformationsprozess ein zu transformierendes und ein transformiertes Objekt als Ausgangs- beziehungsweise Endpunkt hat, ergibt sich zum anderen das zweite Erkenntnisziel: ein punktueller Vergleich von SED und PDS anhand von wesensbestimmenden Merkmalen der beiden Parteien. Zur Untersuchung dienen unter anderem Ideologie/Programmatik, organisatorischer Aufbau sowie Mitgliederstruktur.

Um die Erkenntnisziele schon im Vorfeld zu konkretisieren, werden der Arbeit drei Hauptthesen, die es im Laufe der Arbeit zu belegen gilt, vorangestellt. Entsprechend der drei Erkenntnisgegenstände und der zwei Erkenntnisziele lauten die Hauptthesen wie folgt:

- 1) Das Ende der SED war kein Produkt kurzfristiger Einzelereignisse, sondern ein langwieriger Prozess, dessen Ursachen tief im SED-Herrschaftssystem verankert waren und der sich auf drei Ebenen vollzog.
- 2) Die SED musste sich unter dem Druck der Bevölkerung einem tiefgreifenden Struktur- und Funktionswandel unterziehen.
- 3) Die PDS ist zwar aus der SED hervorgegangen, weist aber in wesensbestimmenden Merkmalen erhebliche Unterschiede zur SED auf.

Als Ergänzung werden den Hauptthesen folgende Nebenthesen angefügt:

zu 1):

- a) Die SED war eine straff organisierte marxistisch-leninistische Partei stalinistischer Prägung nach Vorbild der KPdSU. Die SED beherrschte Staat und Gesellschaft in fast allen Bereichen.

- b) Als Resultat ihrer Herrschaftsstrukturen trat ein latentes Krisenpotential in Erscheinung (politisches Partizipationsdefizit, ökonomisch-soziales Versorgungsdefizit und nationales Identifikationsdefizit).
- c) In Folge der Auswirkungen von Glasnost und Perestroika geriet das SED-Herrschaftssystem ins Wanken. Das latente Krisenpotential wurde zum Ende der 80er Jahre in solchem Maße aktiviert, dass die SED diesem nicht mehr Herr werden konnte.

zu 2):

- a) Als Folge der Unfähigkeit der SED-Führung, der akuten Systemkrise mit weitreichenden Reformen entgegenzuwirken, implodierte das Herrschaftssystem innerhalb nur weniger Wochen.
- b) Die SED verlor ihre Stellung als alles durchdringende und beherrschende Staatspartei (Funktionswandel).
- c) Um ihre Existenz zu wahren, unterzog sich die SED einem tiefgreifenden Strukturwandel, der vor allem die Parteiorganisation sowie die Ideologie/Programmatik betraf.

zu 3):

- a) Die PDS ist im Gegensatz zur SED eine Partei, deren Statut sowohl in der Theorie als auch in der Praxis parteiinterne Gewaltenteilung, Pluralismus und Demokratie gewährt.
- b) Die PDS hat sich vom Stalinismus losgesagt. Ebenso distanzierte sie sich größtenteils vom Marxismus nach Leninscher Interpretation.

c) In Bezug auf die Mitglieder ist eine Kontinuität zu erkennen.

Unter Berücksichtigung der Erkenntnisziele – Darstellung des Transformationsprozesses und punktueller Vergleich der SED mit der PDS – und der erwähnten Thesen bietet es sich an, die Magisterarbeit in zwei Themenkomplexe zu gliedern:

- 1) Das SED-System bis 1989
- 2) Der Transformationsprozess der SED zur PDS.

Dabei wird dem Komplex des Transformationsprozesses, der im Zentrum der Analyse steht, der größte Platz innerhalb der Ausführungen eingeräumt. Allerdings darf der Transformationsprozess – wie es aus den Erkenntniszielen und den dazugehörigen Thesen ersichtlich ist – nicht isoliert, herausgerissen aus dem historischen Kontext betrachtet werden. So findet zunächst das Kapitel „Das SED-System bis 1989“ breite Berücksichtigung, da es die Grundlage für den sich anschließenden Hauptteil bildet.

In Anbetracht der Systematik der Magisterarbeit verfolgt der erste Teil – „Das SED-System bis 1989“ - zwei Ziele: So soll die SED anhand von wesensbestimmenden Merkmalen, die später zum Vergleich mit der PDS dienen, charakterisiert werden. Dabei geht es nicht darum, die Partei in ihrer komplexen Gesamtheit detailliert darzustellen. Sondern darum, gezielt einzelne Punkte zu analysieren, die das Wesen der SED bestimmten. Das zweite Ziel besteht darin, die Punkte hervorzuheben, die die Grundlage für die Systemkrise und dem sich letztendlich anschließenden Systemwechsel sowie für den Struktur- und Funktionswandel der SED bildeten (Stichworte: Systemdefizite, latentes und aktiviertes Krisenpotential, Opposition und Widerstand). Zum Erreichen der Ziele des ersten Teiles stehen folgende Fragen im Vordergrund:

- 1) Welche Funktion nahm die Ideologie bei der SED ein.

- 2) Nach welchen Organisationsprinzipien war die SED aufgebaut.
- 3) Welche Funktion nahm die SED in Staat und Gesellschaft ein?
- 4) In welcher Form trat das latente Krisenpotenzial in Erscheinung?
- 5) Unter welchen Umständen wurde das latente Krisenpotential aktiviert und welchen Verlauf nahm die Krise?

Dem zweiten Teil der Arbeit fallen folgende Aufgaben zu: Als erstes wird die Erosion des SED-Systems beschrieben, wobei der externe (Funktionswandel) und der interne Machtverlust im Zentrum der Analysen stehen. Darauf aufbauend folgt die Erörterung des Transformationsprozesses, der im Kern anhand von Wandlungsvorgängen beschrieben wird, die die Parteiorganisation (Strukturwandel) sowie Ideologie/Programmatik betrafen. Folgende Fragen dienen zur Analyse:

- 1) Wie stellten sich der interne und externe Machtverlust dar?
- 2) Warum gelang es der Parteiführung nicht, diesen entgegenzusteuern?
- 3) Welche Ergebnisse führte der Wandlungsprozess hinsichtlich Parteiorganisation sowie Ideologie/Programmatik nach sich?
- 4) Welche weitere Ergebnisse ergaben sich aus dem Transformationsprozess?

Im Fazit wird mit dem Vergleich von SED und PDS das zweite Erkenntnisziel erarbeitet. Beantwortung werden folgende Fragen finden:

- 1) In welchen wesensbestimmenden Merkmalen glichen sich SED und PDS?

2) Worin unterschieden sich die beiden Parteien?

Gemessen an der Quantität der Veröffentlichungen ist das Thema Transformationsprozess der SED zur PDS bisher gut erschlossen worden. Allerdings unterscheiden sich die Darstellungen stark in der Qualität. In mehrerer Hinsicht wird dieser Misstand offenkundig: So neigen nicht wenige Autoren zur Polarisierung, lassen entweder das nötige Maß an Kritik vermissen oder gehen auf der anderen Seite sachlich nicht haltbar hart mit der Partei ins Gericht. Desweiteren mangelt es an umfassenden Gesamtdarstellungen, die das Thema sowohl in der Breite als auch in der Tiefe angemessen analysieren. Ausnahmen in beiderlei Hinsicht bilden Manfred Gerner (Partei ohne Zukunft?) und Christian Welzel (Von der SED zur PDS), denen es - wenn auch mit unterschiedlichen Ansätzen - gelungen ist, den Wandlungsprozess in seiner komplexen Gesamtheit angemessen darzustellen. Dabei überzeugen die Autoren vor allem mit ihren Argumentationsketten, denen man sich aufgrund ihrer objektiven Belegbarkeit kaum verschließen kann. Dem Umstand trägt auch diese Magisterarbeit Rechnung, ohne dabei aber den wissenschaftlichen Anspruch missen lassen zu wollen. Dafür ist bei der Auswahl der weiteren Autoren besonders darauf geachtet worden, dass das ganze politische Spektrum abgedeckt wird. So werden neben offensichtlich neutralen auch Autoren zitiert, die mit der PDS entweder sympathisieren oder aus der Ablehnung ihr gegenüber keinen Hehl machen. Desweiteren kommen an den entscheidenden Stellen der Magisterarbeit Quellen zum Einsatz, auch wenn diese nicht immer ausdrückliche Berücksichtigung gefunden haben. Hervorragende Zusammenstellungen zum Thema bieten Matthias Judt (DDR-Geschichte in Dokumenten), Hans-Hermann Hertle (Das Ende der SED) und Lothar Hornbogen (Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS) an.

2. Das SED-System bis 1989

2.1 Die Anfänge der SED-Diktatur

Mit der Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation (8. Mai 1945) hatte Deutschland seine Niederlage im 2. Weltkrieg formal anerkannt. Damit verschwand das Deutsche Reich als souveräner Staat von der politischen Bildfläche. Es wurde von den USA, der Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich in Zonen aufgeteilt und besetzt. Hatten sich die Siegermächte zunächst noch auf eine gemeinsame Linie bezüglich ihrer Deutschland-Politik einigen können, fand dieses Bündnis im sich anbahnenden Ost-West-Konflikt bald ein Ende. Zunehmend entfernte sich West-Deutschland, das von den USA, Großbritannien und Frankreich besetzt war, von dem durch die Sowjetunion kontrollierten östlichen Teil (Sowjetische Besatzungszone, SBZ). Diese Trennung war durch verschiedene Merkmale gekennzeichnet, die vor allem in der politischen, staatlichen und gesellschaftlichen Organisation offenkundig wurden. Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR im Jahre 1949 wurde die deutsche Teilung zementiert und hatte bis zum 3. Oktober 1990, dem Tag der Wiedervereinigung, bestand.

Die Teilung hatte zur Folge, dass sich auf dem Gebiet des untergegangenen Deutschen Reiches zwei verschiedene politische Systeme entwickeln konnten. Dass die SBZ eine Sonderentwicklung nahm, die schließlich in der Errichtung eines sozialistischen deutschen Staates mündete, zeichnete sich bereits zum Kriegsende ab.⁴ Denn waren kommunistische Politiker während der nationalsozialistischen Diktatur verfolgt worden, boten sich ihnen unter Obhut der Sowjetunion und deren Förderung neue Möglichkeiten, sich auf dem Gebiet der SBZ politisch zu betätigen. So kehrte bereits Ende April/Anfang Mai 1945 die „Gruppe Ulbricht“ – unter Leitung des KPD-Politbüromitglieds Walter Ulbricht - aus ihrem Moskauer Exil nach Deutschland zurück.⁵ Fortan war die Politik der Sowjetischen Militäradministration Deutschlands

⁴ Welzel, Christian: Von der SED zur PDS, 26.

⁵ Teresiak, Manfred: Zeittafel, 1128.

(SMAD) darauf ausgerichtet, KPD-Kräfte besonders zu fördern.⁶ Diese wurden beim Wiederaufbau der deutschen Behörden auf Schlüsselpositionen - beispielsweise bei Polizei und Personalverwaltung - gesetzt, so dass deren Einfluss und Macht auf „Staat“ und Gesellschaft fortwährend anwuchsen.⁷ Zwar hatte die SMAD mit ihrem Befehl Nr. 2 vom 10. Juni 1945 die Bildung antifaschistischer demokratischer Parteien und Gewerkschaften auf dem Gebiet der SBZ erlaubt.⁸ Allerdings lieb die Dominanz der kommunistischen Kräfte dadurch unangetastet. Denn zum einen wurden die Parteien zum Zusammenschluss zum „Antifaschistisch-demokratischen Block“ gedrängt, wodurch diese unter unmittelbarem Einfluss der Kommunisten gerieten und eine gegen diese gerichtete Politik unmöglich wurde. Und zum anderen schlossen sich unter Druck der SMAD KPD und SPD zur Sozialistischen Deutschen Einheitspartei (SED) zusammen (Vereinigungsparteitag: 21./22. April 1946).⁹ Damit - und der anschließenden Verdrängung ehemals sozialdemokratischer Konkurrenten - war es der Sowjetunion gelungen, innerhalb ihrer Besatzungszone eine sozialistische Partei zu etablieren, die eine alles überragende politische Stellung einnahm und später den ganzen Staatsapparat sowie fast die gesamte Gesellschaft kontrollierte sollte. Der anfänglich geduldete Pluralismus war somit mehr Schein als politische Realität.¹⁰

Unterstrichen wurde diese Entwicklung nach Stalins endgültigen Zerwürfnis mit den Westmächten. Mit dem Ziel, die SBZ unumkehrbar in den Einflussbereich der UdSSR einzuverleiben, wurde eine marxistisch-leninistische Einparteien-Diktatur auf organisatorischer Grundlage der SED errichtet.¹¹ Hierfür wurde die exponierte Stellung der SED weiter ausgebaut, ihr Einfluss auf Verwaltung, Parteien, Verbände und Massenorganisationen vergrößert.

⁶ Schwerin, Manfred Graf von: Enteignung, 42.

⁷ Ushner, Manfred: Die roten Socken 99.

⁸ Teresiak, Manfred: Zeittafel, 1128.

⁹ ebenda, S. 1131.

¹⁰ Jessen, Ralph: Partei, Staat und Bündnispartner, 30.

¹¹ Brunner, Georg: Staatsapparat und Parteiherrschaft, 990.

2.1.1 Die Ideologie der SED

Wie jeder Staat im Einflussbereich der Sowjetunion hatte auch die DDR mit der SED eine führende Partei, deren politische Macht und gesellschaftliches Wirken sich ideologisch vom Marxismus-Leninismus herleitete. Anhand dessen wurden alle wesentlichen Elemente der ideologischen und organisatorischen Zielsetzung begründet. Als wesentliche Inhalte der sozialistischen Ideologie gelten im allgemeinen: die Theorie von der Gesetzmäßigkeit gesellschaftlicher Entwicklungen über den Sozialismus hin zum Kommunismus als fortschrittlichste Stadien; das Theorem von Klassenkampf und Revolution als Triebkräfte dieser Entwicklung; das Theorem von der Arbeiterklasse als fortschrittlichste Klasse, deren Aufgabe im Vorantreiben dieser gesellschaftlichen Entwicklung bestand; Die Avantgardetheorie, nach der die Arbeiterklasse zur Erfüllung ihrer historischen Mission der aufklärenden, organisierenden und führenden Kraft einer straff organisierten, disziplinierten Partei bedürfe. Während Lenin noch von einer Wechselwirkung zwischen sozialistischer Ideologie und gesellschaftlicher Praxis ausging, entwickelte sich im marxistischen Denken stalinistischer Prägung eine „institutionalisierte Orthodoxie“, die eine kritische Hinterfragung des Marxismus-Leninismus nicht mehr zuließ. Demzufolge sollte die Gesellschaftsentwicklung der Theorie folgen und war umgekehrt nur wenig modifizierbar.¹²

Die SED sah sich selbst als der organisierte Vortrupp der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes. Ihrem Selbstverständnis nach war sie die höchste Organisationsform der Arbeiterklasse. Als sozialistische Partei mit Avantgardecharakter war ihr unter Berufung auf den Marxismus-Leninismus die historische Mission zufallen, die DDR-Gesellschaft über den Sozialismus hin zum Kommunismus zu führen. Dabei beanspruchte die SED für sich ein uneingeschränktes Führungsmonopol und einen absoluten Wahrheitsanspruch, welche ebenfalls mit den Lehren von Marx

¹² Gibas, Monika: Ideologie und Propaganda, 241-243. vgl. hierzu auch Uschner, Manfred: Die roten Socken, 161.

und Lenin begründet wurde. Denn unter Zuhilfenahme der Grundannahme, dass es sich beim Marxismus-Leninismus um eine Wissenschaft handelte, die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft erklärte bzw. vorhersagte, war es allein der SED vorbehalten, die Ideologie - sozusagen als Gralshüterin des Wissens über den Fortgang der Geschichte - zu interpretieren. Demzufolge wurde der alleinige Herrschaftsanspruch von der Theorie über die Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung und der Avantgardetheorie abgeleitet.¹³

Das Postulat nach einem uneingeschränkten Führungsmonopol und absoluten Wahrheitsmonopol lassen den Schluss zu, dass die Ideologie in der Deutschen Demokratischen Republik weit über das hinausging, was Weltanschauungen gemeinhin begründen. Die Ideologie hatte in der gesellschaftspolitischen Praxis eine Sonderstellung¹⁴, sie wurde wegen ihrer scheinbaren Eindeutigkeit zum Dogma, das als Grundlage alles Handelns diente.¹⁵ Vor allem aber machte die Ideologie die SED-Führung immun gegen Kritik, da ihr politisches Handeln aus der marxistisch-leninistischen Logik heraus auf wissenschaftlichen Grundlagen fußte. Als Konsequenz daraus legte allein die politische Führung fest, was richtig und was falsch war. Eine Abweichung von der verordneten Interpretation wurde unter Zuhilfenahme verschiedener Disziplinierungsmethoden sanktioniert.¹⁶

Neben der Legitimation des Machtanspruchs diente der Marxismus-Leninismus auch als Integrations-, Kontroll- und Abgrenzideologie innerhalb der Gesellschaft, die die systemtragenden Kräfte mobilisieren sollte.¹⁷ Die SED versuchte folgende Formeln zu verankern: Die Partei hat immer Recht. Jeder hat die Pflicht sich für den Sozialismus einzusetzen. Wer nicht für uns ist, ist gegen uns. Der Feind steht im Westen.¹⁸ Zusammenfassend bleibt festzustellen, dass die SED die Ideologie des Marxismus-Leninismus instrumentalisierte, um ihren alleinigen Machtanspruch als Führer der Arbeiterklasse durch

¹³ Gerner, Manfred: Partei ohne Zukunft, 209.

¹⁴ Gibas, Monika: Ideologie und Propaganda, 241.

¹⁵ Gerner, Manfred: Partei ohne Zukunft, 210.

¹⁶ Behrend, Manfred: Der schwere Weg der Erneuerung, 12.

¹⁷ Schroeder, Klaus: Der SED-Staat, 550.

¹⁸ ebenda, 557.

„wissenschaftliche“ Herleitung zu begründen und zu legitimieren. Zudem sollte durch die angebliche „Wissenschaftlichkeit“ eine Unfehlbarkeit ihrer Politik hergeleitet werden.

2.1.2 Die Organisationsprinzipien und Struktur der SED

2.1.2.1 Die Organisationsprinzipien

Wie bereits erörtert leitete die SED ihren Hegemonie-Anspruch über die DDR vom Marxismus-Leninismus ab. Für die Organisationsprinzipien und den Parteaufbau waren Lenins Ideen von großer Bedeutung, die unter anderem das organisatorische Konzept einer Partei neuen Typus beschrieben. Diese war nach Lenins Vorstellungen eine Kaderpartei, die die führenden Kräfte der Arbeiterklasse fest vereinigen sollte. Ihr sollten vor allem zwei Aufgaben zufallen: die Inszenierung und Leitung der sozialistischen Revolution sowie die Ausübung der dann folgenden Diktatur des Proletariats.¹⁹

Die SED war - als Partei neuen Typus – nach fünf wesentlichen Prinzipien organisiert: demokratischer Zentralismus, innerparteiliche Demokratie, Kollektivität der Leitung, Territorialprinzip und Produktionsprinzip. Besondere Bedeutung hatte dabei der demokratische Zentralismus – sowohl für den innerparteilichen Aufbau als auch für den gesamten Willensbildungsprozess in der DDR.²⁰ Nach dem fünften SED-Statut aus dem Jahr 1976 besagte der oberste Organisationsgrundsatz folgendes: Alle Parteiorgane sollten demokratisch gewählt werden und waren zur regelmäßigen Berichterstattung verpflichtet. Allerdings stand dem demokratischen Grundansatz ein zentralistisches Element gegenüber, zum Inhalt hatte, dass jegliche Beschlüsse der höheren Organe für die nachgeordneten verbindlich sind. Der Theorie nach existierten die beiden Komponenten des demokratischen Zentralismus gleichberechtigt nebeneinander.²¹

¹⁹ Brunner, Georg: Staatsapparat und Parteiherrschaft, 993.

²⁰ Behrend, Manfred: Der schwere Weg der Erneuerung, 12.

²¹ Gerner, Manfred: Partei ohne Zukunft, 65.

Allerdings fand in der Praxis eine Verschiebung zugunsten des zentralistischen Elementes statt.²² Dies führte dazu, dass die politische Macht in die Hände einer relativ kleinen Elite überging.²³ Beispielhaft für die Diskrepanz zwischen Theorie und Realität kann die Rolle des Parteitage angeführt werden, der nach den Statuten der SED das höchste Organ der Partei darstellen sollte.²⁴ Zu seinen wichtigsten Aufgaben gehörte - zumindest der Theorie nach -, die Richtlinien der Politik frei zu bestimmen und das Zentralkomitee der SED ebenso frei zu wählen. Tatsächlich wurde die politische Bedeutung der Parteitage von den Führungskreisen der SED auf vielfache Weise untergraben. So wurden die Delegierten nicht frei gewählt, sondern von oben bestimmt, so dass die Parteiführung kaum Kritik und abweichendes Verhalten zu befürchten hatte. Aufgrund der Vielzahl von Delegierten waren die Parteitage zudem kaum arbeitsfähig.²⁵ Alles in allem wurden die Kompetenzen des höchstens SED-Organs sehr schnell ausgehöhlt, sie gingen an zentrale Leitungen und Apparate über.²⁶

Mit dem Grundsatz des demokratischen Zentralismus waren die wesentlichen Elemente der innerparteilichen Demokratie, die es de facto aber nicht gab, verbunden. Zu denen gehörte unter anderem ein rigoroses Fraktionsverbot, welches mit allen Mitteln durchgesetzt werden sollte. Denn aus der Logik des Zentralismus heraus hätten Gruppierungen die strikte Hierarchie gefährden können. Durch das Prinzip der Kollektivität der Leitung wurden zweierlei erreicht: Zum einen ermöglichte es in der Außendarstellung aufzuzeigen, dass im Sozialismus nicht ein Individuum allein die Entscheidungen trifft, sondern die gewählten kollektiven Organe. Desweiteren entband dieses Prinzip den einzelnen nicht aus seiner persönlichen Verantwortung.²⁷

Unter Anwendung dieser Organisationsprinzipien war es der SED gelungen, sich zu einer straff organisierten, streng hierarchischen Partei zu entwickeln – ausgehend von der politischen Führung in Form des

²² Jessen, Ralph: Partei, Staat und Bündnispartner, 30.

²³ Modrow, Hans: Ende, 27.

²⁴ Priß, Lutz: Die Organisationsstruktur, 124.

²⁵ Schroeder, Klaus: Der SED-Staat, 401-402.

²⁶ Priß, Lutz: Die Organisationsstruktur, 124.

²⁷ Gerner, Manfred: Partei ohne Zukunft, 65.

Politbüros und des ZKs über Bezirks- und Kreisebene bis hinab zu den Grundorganisationen -, die die Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU) zum Vorbild hatte.²⁸ Sie war aufgrund des demokratischen Zentralismus' und des Nomenklatorsystems in erster Linie eine Kaderpartei, aber wegen ihrer hohen Mitgliederzahl gleichzeitig auch Massenpartei.²⁹ Allerdings blieb der weitaus größte Teil der Mitglieder wegen des überragenden zentralistischen Elementes und des in der Praxis zurückgedrängten demokratischen Elementes von der Partizipation an der politischen Macht ausgeschlossen. Diese hielt eine relativ kleine Führungselite inne, die sich in einen inneren und einen äußeren Führungskreis aufteilte.³⁰

2.1.2.2 Die Organisationsstruktur

Um Staat und Gesellschaft möglichst allein beherrschen zu können, war eine erhebliche Anzahl an Führungspositionen und damit Führungskräften notwendig. In der Honecker-Ära gehörten rund 520 Personen, die sich auf 660 Positionen verteilten, der politischen Führung an. Sie verteilten sich auf Spitzenämter der Partei, der zentralen Staatsorgane und der Massenorganisationen. Innerhalb des Führungskreises existierten zwei herausragende Personenkreise, die von besonderer Bedeutung waren: ein Führungskern, der die operative Partielite bildete und eine repräsentative Elite. Der Kern der SED-Elite umfasste 64 Positionen, die von 44 Personen bekleidet wurden. Er war institutionell übereinstimmend mit dem Politbüro, wurde aber noch durch die Sekretäre des ZKs und den 1. Sekretären der SED-Bezirksleitungen ergänzt.³¹ Dabei stand das Politbüro mit dem Generalsekretär an Spitze im Zentrum, deren Mitgliedern quasi eine politische Allzuständigkeit zufiel.³² Die Entscheidungen und Anweisungen dieser waren für alle nachgeordneten Organe verbindlich. Die repräsentative Elite indes, die von den Mitgliedern des ZKs gebildet wurde, hatte eine ausführende

²⁸ Wagner, Matthias: Das Kadernomenklatorsystem, 164.

²⁹ Brunner, Georg: Staatsapparat und Parteiherrschaft, 994.

³⁰ Welzel, Christian: Von der SED zur PDS, 32.

³¹ Gerner, Manfred: Partei ohne Zukunft, 149.

Funktion inne. Ihr oblag eine Mittlerfunktion zwischen Führungskern und den nachgeordneten Organen, wobei ihre Hauptaufgabe darin bestand, die Integrations- und Leistungsfähigkeit des politischen Systems zu fördern.³³

Die herausragende Person im SED-System war der Generalsekretär des Zentralkomitees, der eine Art personifiziertes Machtzentrum darstellte. Zusammen mit ausgewählten Sekretären des ZK und Mitgliedern des Politbüros bildete er einen engen Zirkel, dessen Tätigkeit keiner Kontrolle unterlag. Da seine Befugnisse nicht im Statut der SED festgelegt waren, konnte der Generalsekretär ohne Einschränkung walten. Als Merkmal der uneingeschränkten Machtbefugnisse kann ein Politbürobeschluss vom 22. Juni 1971 angeführt werden. Dieser wies dem Generalsekretär eine übergeordnete Verantwortlichkeit für die Vorbereitung aller Fragen des Politbüros und die letzte Entscheidungsbefugnis über alle operativen und laufenden Fragen der Tätigkeit des ZK zu. Gleichzeitig hatte dieser auch andere wichtige Funktionen in Partei und Staat inne. Er leitete die Sitzungen des Politbüros und des ZK-Sekretariats. Zudem war der Generalsekretär die führende Person im zentralen Parteiapparat, besaß über diesen absolute Verfügungsmöglichkeit. Diese bildete schließlich auch eine der wichtigsten Säulen seiner Macht. Weiter kam hinzu, dass der Generalsekretär an der Spitze des „Nationalen Verteidigungsrates stand“. Außerdem fungierte er als Vorsitzender des Staatsrates, wodurch er in die Rolle des Staatsoberhauptes und des obersten außenpolitischen Repräsentanten schlüpfte.³⁴

Weitere bedeutende Organe innerhalb des SED-Gefüges waren das Politbüro und das Zentralkomitee. Dabei kam dem Politbüro, das sich aus dem Generalsekretär, aus wichtigen ZK-Sekretären sowie weiteren bedeutenden Partei- und Staatsvertretern zusammensetzte, wegen seiner Machtfülle besondere Bedeutung zu. Durch institutionelle und personelle Verflechtungen beherrschten Politbüromitglieder alle wichtigen Funktionen in der DDR. Das Politbüro war quasi eine institutionalisierte

³² Jessen, Ralph: Partei, Staat und Bündnispartner, 31.

³³ Gerner, Manfred: Partei ohne Zukunft, 149-150.

³⁴ Ammer, Thomas: Machthierarchie der SED, 866.

Form einer sich selbst kooptierenden, geschlossenen und autonomen Elite.³⁵ Denn das Politbüro rekrutierte sich faktisch selbst, da immer nur eine Liste zur Wahl stand, die von diesem Organ selbst zusammengestellt wurde. Ermöglicht wurde diese Faktum durch die politische Selbstbeschneidung des ZK, welches seine Kontroll- und Wahlfunktionen nicht wahrnahm, sondern die Vorschläge und Beschlüsse des Politbüros nur noch abnickte.³⁶

Das Politbüro war nach den Statuten lediglich dafür zuständig, die Arbeit des ZK zwischen den Parteitag politisch zu leiten. Allerdings gingen seine Kompetenzen weit über diese Intention hinaus. So besaßen die Beschlüsse des Politbüros in der Realität Gesetzeskraft. Zu seinen Kompetenzen zählten die „Kompetenzkompetenz“ (Entscheidungsbefugnis über Zuständigkeiten) und die „Personalkompetenz“ (Befugnis über die Besetzung von Spitzenämtern in Partei, Staat und Gesellschaft). Zu den Aufgaben des Politbüros zählten unter anderem: die Festlegung der politischen Generallinie sowie Beschlüsse zu Grundfragen der Außen-, Innen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik.³⁷ Im Detail ergab sich so eine große Aufgabenfülle.³⁸ So groß die Machtfülle des Politbüros auch war, so wenig wurde über wichtige Themen kontrovers diskutiert, was anhand der wöchentlichen Sitzungen des Gremiums vor allem in der Honecker-Zeit deutlich wurde. Viele Entscheidungen wurden bereits im Vorfeld der Tagungen getroffen, so dass es kaum Einwände gegen die von Mitarbeitern des Parteiapparates eingebrachten Vorschläge gab. Zudem blieb den

³⁵ Jessen, Ralph: Partei, Staat und Bündnispartner, 31.

³⁶ ebenda, 31.

³⁷ Schroeder, Klaus: Der SED-Staat, 398.

³⁸ ebenda, 400: Eiberufung der Sitzung des Zentralkomitees, Festlegung der Tagesordnung und Vorbereitung der Tagung, Beratung und Beschlussfassung über grundsätzliche Fragen der Parteipolitik und Parteitaktik; Beratung und Beschlussfassung über grundsätzliche Fragen der Staatsführung; Beratung und Beschlussfassung über grundsätzliche Fragen der Durchführung der Parteilinie bezüglich der Wirtschafts- und Landwirtschaftspolitik; Beratung und Beschlussfassung über grundsätzliche Fragen der Arbeit der (West-) KPD und Anleitung des Vortandes der (West-) KPD; die Arbeit des demokratischen Blocks; die Arbeit der Nationalen Front, Fragen der internationalen Arbeiterbewegung; Anleitung der Redaktion des Zentralkomitee-Organs „Neues Deutschland“ und des theoretischen Organs der Partei „Einheit“; Beschlussfassung über personelle Fragen: zentrale Parteiführung, 1. und 2. Bezirkssekretäre, Vorsitzende der zentralen Organe der Massenorganisationen, Zusammensetzung der Regierung, Präsidium der Volkskammer, Zusammensetzung der Volkskammer, diplomatische und Handelsmissionen.

Politbüromitgliedern kaum eine Möglichkeit ihre eigenen Vorstellungen einzubringen, wenn diese nicht auf Zustimmung des ZK gestoßen waren. Denn diese mussten vorher mit den zuständigen ZK-Sekretären abgestimmt werden. Waren Vorlagen besonders wichtig, wurden sie zuvor dem Generalsekretär vorgelegt.³⁹

Neben dem Generalsekretär und dem Politbüro war das Zentralkomitee samt seines Sekretariates ein weiteres Machtzentrum der SED. Das letztgenannte tagte in der Regel wöchentlich, wobei zu dessen Hauptaufgaben parteiorganisatorische Fragen und die Erarbeitung von Ausführungsbestimmungen bezüglich der Grundsatzentscheidungen des Politbüros zählten. Weiter fielen dem Sekretariat die Anleitung und Kontrolle des gesamten Partei- und Staatsapparates, der Bezirks- und Kreisleitungen sowie der Massenorganisationen zu.⁴⁰

Das Zentralkomitee selbst war nominell das höchste Führungsgremium zwischen den Parteitag, wobei es formell großes Gewicht hatte. Dem ZK oblag, die Wahlvorschläge für das Politbüro, den Generalsekretär und die Zusammensetzung der Zentralen Parteikontrollkommission zu bestätigen. Allerdings hatte es im Laufe der SED-Geschichte seine Kompetenzen zugunsten des Generalsekretärs und des Politbüros abgeben müssen, so dass es in den letzten zwanzig Jahren seiner Existenz oft nur rein akklamatorische Funktionen hatte.⁴¹ So nahm das ZK seine Kontrollfunktion gegenüber der Parteiführung nicht mehr war, was sich aus der Logik des eigenen linientreuen Selbstverständnisses - kein Aufbegehren gegen Politbüro und Generalsekretär - ergab. Organisierter Widerstand wäre wegen des Fraktionsverbotes ohnehin undenkbar gewesen. Letztendlich durfte das Zentralkomitee die vom Politbüro oder ZK-Sekretariat Beschlüsse und Empfehlung absegnen oder gar nur zur Kenntnis nehmen. Ob Mitglieder des ZK zur aktiven Mitarbeit bezüglich Vorbereitung von wichtigen Fragen für das Politbüro herangezogen wurden, hang allein vom Willen der übergeordneten Organe ab.⁴² Trotz allem darf die Machtfülle des ZK nicht unterschätzt werden. Beispielhaft

³⁹ Schroeder, Klaus: Der SED-Staat, 398.

⁴⁰ ebenda, 398.

⁴¹ Ammer, Thomas: Machthierarchie der SED, 865.

⁴² Schroeder, Klaus: Der SED-Staat, 400.

dafür kann der Status der ZK-Mitglieder angeführt werden, die bei offiziellen Anlässen protokollarisch vor Ministern rangierte. Desweiteren waren ZK-Sekretäre gegenüber den Ministern weisungsbefugt.⁴³ Zudem verfügte das Zentralkomitee über einen gewaltigen Parteiapparat.

Waren der Generalsekretär, das Politbüro und die Sekretäre des Zentralkomitees die planerischen Machtzentren des SED-Systems, bedurfte es zur Durchstellung der Beschlüsse - diese waren für Partei- und Staatsorgane verbindlich -, zur Konkretisierung und zur Umsetzung dieser eines komplexen Parteiapparates. Dieser gliederte sich in mehr als 40 Abteilungen, rund 2000 Mitarbeiter waren für den ZK-Apparat tätig.⁴⁴

Zu den gewichtigsten Abteilungen zählten beispielweise die Abteilungen für Sicherheitsfragen, Kaderfragen, Staats- und Rechtsfragen, Agitation, Propaganda, Kultur, Wissenschaft, Volksbildung, Internationale Politik und Wirtschaft sowie Internationale Verbindungen.⁴⁵

Galt der Parteiapparat oft als die unkontrollierte eigentliche Exekutive des SED-Staates, war er dennoch von der politischen Führung vollkommen abhängig. So unterstanden die Abteilungen und ihre Leiter direkt dem jeweiligen ZK-Sekretär, sie waren im gesamten nicht viel mehr als das ausführende Organ des Generalsekretär. Von einer „bürokratischen Herrschaft“ konnte daher keine Rede sein.⁴⁶

Nichtsdestotrotz verfügte der ZK-Apparat über weitreichende Kompetenzen, was nicht zuletzt anhand verschiedener angegliederter Organe deutliche wurde. Zu denen zählten beispielweise die Zentrale Parteikontrollkommission (ZPKK), die vom ZK berufen wurde, und die Revisionskommissionen. Die entsprechenden ZPKK-Organe wurden auf Bezirks- und Kreisebene von den Bezirks- und Kreisleitungen eingesetzt. Ihre Aufgaben waren vielfältig, reichten vom Kampf gegen „feindliche Einflüsse“, „fraktionelle Tätigkeit“, Verletzung der Parteimoral, Verletzung der Parteidisziplin bis hin zum Kampf gegen Missbrauch von Funktionen.⁴⁷ Dabei konnte die Zentrale Parteikontrollkommission Parteistrafen und Ausschlüsse verhängen. Die ebenfalls bis auf unterste

⁴³ Brunner, Georg: Staatsapparat und Parteiherrschaft, 1016.

⁴⁴ Ammer, Thomas: Machthierarchie der SED, 839.

⁴⁵ Schroeder, Klaus: Der SED-Staat, 403.

⁴⁶ ebenda, 402.

⁴⁷ Schroeder, Klaus: Der SED-Staat, 403.

Ebene gegliederten Revisionskommissionen waren indes für die Überprüfung der Organisations- und Verwaltungsabläufe zuständig. Die Kontrolle über die Verwendung der Parteigelder und des Parteivermögens war ebenfalls ihr eigen.⁴⁸

Eine weitere große Säule im SED-Machtgefüge stellte das Kadernomenklatursystem dar. Es war ein wichtiges Instrument, um die sichere Kontrolle über Staat und Gesellschaft zu erlangen, zu festigen und zu erhalten. Bausteine dieses Systems waren zum einen Nomenklaturkader (Personen) und zum anderen Kadernomenklaturen (Positionslisten, Positionsverzeichnisse). Angewandt auf die DDR bildeten die Kadernomenklaturen ein riesiges System, als dessen zentrale Achse der SED-Parteiparat fungierte. Der Zweck des Kadernomenklatursystems bestand darin, alle personellen Entscheidungen, die von Bedeutung waren, direkt vom Parteiapparat lenken zu können.⁴⁹ Als Konsequenz entwickelte sich ein gewaltiger Macht- und Verantwortungssog, der sich von unten nach oben zog. Im Zentrum der Macht stand ein kleiner Personenkreis, der aus dem Generalsekretär und seinen Vertrauten bestand. Diese bildeten das Endglied einer langen Kette von über- und untergeordneten Nomenklaturvorgesetzten, die wiederum den Platz des einzelnen im System bestimmten. Als Resultat der Kaderpolitik wurde der größte Teil der Bevölkerung von Spitzenpositionen ausgeschlossen und die verfassungsmäßigen Demokratiemöglichkeiten verkamen nicht zuletzt deswegen zur reinen Fassade.⁵⁰

Führt man die einzelnen Komponenten der SED-Organisationsprinzipien und Strukturen zusammen, entsteht folgende Erkenntnis: Gemäß ihres Selbstverständnisses als marxistisch-leninistische Partei neuen Typus war es der SED gelungen, sich straff zu organisieren. Dabei hat sie die einzigen im sozialistischen Weltbild verbliebenen demokratischen Elemente vollständig eliminiert bzw. ad absurdum geführt. Der Entscheidungsfindungsprozess innerhalb der SED und im Endeffekt der

⁴⁸ Schroeder, Klaus: Der SED-Staat, 403.

⁴⁹ Wagner, Matthias: Das Kadernomenklatursystem, 148. Wagner zieht den Schluss, dass das Kadernomenklatursystem der wahrhaftige Ausdruck der führenden Rolle der SED war.

⁵⁰ ebenda, 157.

gesamte Parteaufbau wurden pervertiert. Ein kleiner operativer Führungskreis mit einem allzuständigen Generalsekretär an der Spitze hatte nicht nur die absolute Verfügungsgewalt über alle Parteiorgane an sich gerissen. Er verfügte unter Zuhilfenahme des Kadernomenklatursystems auch über die Verteilung wichtiger Posten innerhalb der Organe. So wie der kleine Führungskreis die SED dominierte, so gelang es diesem, die DDR im gesamten unter seine Kontrolle zu bringen.

2.1.3 Das Verhältnis zwischen SED und Staat

Nach marxistisch-leninistischer Staatslehre wurde der Staat als historisches Produkt definiert, dessen Wesen von der jeweils herrschenden Klasse bestimmt wurde. Für die sozialistisch-politische Praxis bedeutete die Theorie, dass der Staat nichts anderes war als die Diktatur des Proletariats.⁵¹ So sah auch die SED den Staat in der Rolle eines Hauptinstrumentes zum Aufbau und zur Gestaltung des Sozialismus.⁵² Folgende wesentlichen Funktionen wurden dabei definiert: die wirtschaftlich-organisatorische Funktion des sozialistischen Staates; die kulturell-erzieherische Funktion; Schutz der sozialistischen Gesellschafts- und Staatsordnung.⁵³

Die KPD/SED hatte bereits unmittelbar nach Kriegsende mit dem Versuch begonnen, die SBZ für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Charakteristisch für diese Zeit war die Besetzung von Verwaltungsschlüsselpositionen mit loyalen Kommunisten.⁵⁴ Gleichzeitig baute die Partei einen Apparat auf, der den Staatsstrukturen glich. Die Parteigliederungen aber blieben den entsprechenden Staatsgliederungen vorgelagert und übergeordnet. Das Primat der SED wurde in Politbürobeschlüssen, in den DDR-Verfassungen (1968/1974) und Statuten der Ministerien verankert. Zwar wurde die genaue Aufgabenteilung zwischen SED und Staat nicht fest umrissen. Doch

⁵¹ Brunner, Georg: Staatsapparat und Parteiherrschaft, 996.

⁵² Wagner, Matthias: Das Kadernomenklatursystem, 161.

⁵³ ebenda, 162.

⁵⁴ Schroeder, Klaus: Der SED-Staat, 420.

fielen der Parteiführung in der Regel Grundsatzentscheidungen zu, die dann vom Staatsapparat konkret umgesetzt wurden. Im Ergebnis kontrollierte die SED den Staat auf allen Ebenen und auf vielfältige Weise: Die Beschlüsse waren für die Staatsorgane verbindlich. Die Umsetzung wurde kontrolliert und gegebenenfalls korrigiert. Unter Zuhilfenahme des auch innerhalb der SED angewendeten Nomenklatorsystems besetzten loyale Kader alle wichtigen Staatsfunktionen. Oft existierten Personalunionen zwischen Partei- und Staatsämtern. Parteiorganisationen in allen Ministerien und Verwaltungen achteten auf die Umgaben der Parteivorgaben.⁵⁵

Neben der Instrumentalisierung des institutionellen Entscheidungsrahmens galt es für die SED zur Herrschaftssicherung auch, die Volkswirtschaft und die gesellschaftlichen Organisationen in ihren Machtbereich zu bringen. Dies gelang der Partei auf Grundlage verschiedener Organisationsprinzipien, die bedingt auch für den internen Aufbau dienten. Zu den für Gesellschaft und Staat relevanten Prinzipien gehörten: „Diktaturprinzip“ (Gremien im Staatsapparat unterlagen keiner Kontrolle durch Basis- oder Wahlgremien. Wahlgremien waren beschränkt auf akklamatorisch-plebiszitäre Bestätigungen der Entscheidungen der Führungsgremien), Zentralismus (Regionale Körperschaften des Staates und gesellschaftliche Organisationen waren in Bezug auf die Zentralorgane nicht mit originären Rechten ausgestattet.), Gewaltenkonzentration (Staatsrat, Ministerrat und Volkskammer standen als oberste Staatsorgane faktisch der politischen Führung), Organisationsmonopolismus (Gesellschaftliche Organisationen waren in ihren inneren Angelegenheiten von der SED abhängig, vertraten keine eigenen Interessen und mussten die Führungsrolle der SED anerkennen), Interessenmonoismus (Alternative, gruppenspezifische Interessen konnten sich wegen der Doktrin von der Einheit gesellschaftlicher Interessen kaum entfalten), ideologischer Politikansatz (Orientierung an Marxismus-Leninismus als Wissenschaft, Sanktionierung Andersdenkender), Totalismus (Versuch, durch politische Erziehung Herrschaft über geistige Einstellung der Bevölkerung zu

⁵⁵ Schroeder, Klaus: Der SED-Staat, 421.

gelangen) und doktrinegebundenes Rechtssystem (Rechtssystem formulierte politische Ziele; SED-Führung stand außerhalb dessen, setzte sich über dieses hinweg).⁵⁶

Unter Anwendung der oben genannten Prinzipien übte die SED eine Vielzahl öffentlicher Funktionen monopolartig aus. Diese betrafen Staat, Gesellschaft und Wirtschaft. Die einzelnen Komponenten des Machtmonopols stellten sich wie folgt dar: Normensetzungs-, Interessenartikulierungs-, Sach- und Personalentscheidungs- sowie Informations-, Kommentierungs-, Organisations- und Gewaltmonopol. Absicherung fand das Machtmonopol auf dreifache Weise: durch Personalunion zwischen Leitungsfunktionen der SED und Leitungsfunktionen in Massenorganisationen, Medien, Wirtschaftsverwaltung, Verfassungsorganen, Behörden und Sicherheitskräften; durch große Repräsentanz von Parteimitgliedern in Massenorganisationen sowie durch organrechtliche Inkorporation der SED-Organisationen in Betrieben, Behörden und Sicherheitsorganen; durch Kodifizierung der Führungsrolle in der DDR-Verfassung und den Statuten der Massenorganisationen und Parteien.⁵⁷

Als Instrumente zum Erhalt ihres Machtmonopols dienten folgende Mittel und Vorgehensweisen: Abschrecken und Unterdrückung systemgegnerrischen Verhaltens durch eine gewaltige Anzahl von Ordnungs- und Überwachungskräften; Mobilisierung der eigenen Anhänger sowie Gewinnung neuer durch Massenorganisationen und Medien als Mobilisierungs- bzw. Indoktrinationsinstrumente; Sicherung des Zugriffes auf die bürokratischen Apparate durch eigene Kader.⁵⁸

⁵⁶ Glaeßner, Gert-Joachim: Der schwierige Weg zur Demokratie, 26-29.

⁵⁷ Welzel, Christian: Von der SED zur PDS, 32.

⁵⁸ Welzel, Christian: Von der SED zur PDS, 32.

2.2 Die Ursachen des Machtverfalls der SED

2.2.1 Erste Ebene: Systemimmanente Strukturdefizite

Die SED kontrollierte den gesamten Staatsapparat und fast alle Formen gesellschaftlicher Organisationen. Durch verschiedene Instrumente, zu denen unter anderem Überwachung und Zwangsmaßnahmen gehörten, wurde das allumfassende Machtmonopol gesichert. Besonders in der Honecker-Ära schien die DDR im Inneren an Stabilität gewonnen zu haben.⁵⁹ Allerdings erwies sich diese Auffassung rückblickend als Fehler, denn das wahre Ausmaß gesellschaftlicher Entwicklungen war nicht realistisch eingeschätzt worden. In der Retrospektive liegt der Schluss nahe, dass der Niedergang des SED-Herrschaftssystems mit der Reformpolitik Gorbatschows (Glasnost und Perestrojka) Mitte der 80er Jahre eingeleitet wurde, die - zwar nicht unmittelbar, dafür aber mittelfristig - die DDR in eine Systemkrise führte – und in einem Systemwandel mündete.⁶⁰

Folgerichtig stellt sich die Frage nach dem Warum des Krisenausbruchs. Dabei liegt der Schluss nahe, dass es sich bei Entwicklungen, die schließlich im Untergang des SED-Staates endeten, um ein Produkt einer langfristig angelegten und strukturellbedingten Krise handelte.⁶¹ Diese wiederum war durch ein latentes Krisenpotenzial gekennzeichnet, welches auf verschiedenen Ebenen in Erscheinung trat. Bestimmend waren folgende systemimmanente Strukturdefizite: politisches Partizipationsdefizit, ökonomisches Defizit und nationales Identifikationsdefizit. Diese drei Defizite können allerdings nicht getrennt voneinander gesehen werden. Sie bedingten sich gegenseitig und verstärkten sich ebenso gegenseitig in Krisenzeiten.⁶² In ihrer Gesamtheit sorgten sie stets für ein latentes Krisenpotenzial, das zumindest bei der vom Herrschaftsapparat ausgeschlossenen Bevölkerungsmehrheit in

⁵⁹ Gläßner, Gert-Joachim: Der schwierige Weg zur Demokratie, 13.

⁶⁰ Gerner, Manfred: Partei ohne Zukunft, 12-13.

⁶¹ Gläßner, Gert-Joachim: Der schwierige Weg zur Demokratie, 30.

⁶² Gerner, Manfred: Partei ohne Zukunft, 16-17.

Form von systemgegenerischen Einstellungen zum tragen kam. Trotz aller Systemdefizite gelang es der politischen Herrschaftselite aber weitgehend zu verhindern, dass systemgegenerische Einstellungen in systemgegenerisches Verhalten umschlugen - und so nicht eine akute Systemkrise auslösten. Dreimal allerdings stand das SED-Regime am Rande des Zusammenbruchs. Dabei konnte es sich zweimal retten: beim Arbeiter-Aufstand 1953 (Die sowjetischen Streitkräfte intervenierten und schlugen die Proteste blutig nieder) und 1961, als die permanenten Flüchtlingsströme Richtung Westdeutschland nur durch intensive Verstärkung der Grenzanlagen (Mauerbau) unterbrochen werden konnten.⁶³

Die ersten beiden Krisen blieben für den Fortbestand der führenden Rolle der SED ohne Folgen. Vielmehr setzte danach eine Zeit der Ruhe und augenscheinlicher Stabilität ein, da sich oppositionelles Verhalten auf relativ kleine Bevölkerungskreise beschränkte. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Strukturdefizite immer noch Bestand hatten. Denn der relative Ruhezustand begründete sich nicht auf eine plötzliche Zufriedenheit der Bevölkerung, sondern auf erzwungener Unterordnung.⁶⁴

Das latente Krisenpotenzial blieb also erhalten, bedurfte nur einer Aktivierung durch äußere Faktoren. Diese ergaben sich dann Mitte der 80er Jahre mit dem allmählich beginnenden Kurs- und Systemwandel in der Sowjetunion. Glasnost und Perestroika wurden auch in der DDR wahrgenommen. Unter deren Eindruck verwandelten sich systemkritische Gruppen allmählich in systemgegenerische, oppositionelle Organisationen, die 1989 den Durchbruch schafften.⁶⁵

2.2.1.1 Das politische Partizipationsdefizit

Nach westlichem Demokratieverständnis besitzt in der Regel jeder erwachsene Bürger eines Staates das Recht sich politisch zu betätigen. Dieses wird formal garantiert und ist auch praktisch anwendbar. Zum

⁶³ Ammer, Thomas: Opposition und Widerstand, 22.

⁶⁴ Welzel, Christian: Von der SED zur PDS, 44.

⁶⁵ Eisenfeld, Bernd: Aktionen und Reaktionen im Wandel, 31.

Recht der politischen Partizipation zählt einerseits die Möglichkeit, durch freie Auswahl von Personal- und Programmalternativen die Regelung öffentlicher Angelegenheiten frei mitzugestalten – und zum anderen die Möglichkeit, Einzel- und Gruppeninteressen durch freie Artikulierung und autonome Organisierung bei der Regelung öffentlicher Angelegenheiten geltend zu machen.⁶⁶

Prinzipiell war politische Partizipation auch in der DDR möglich - sowohl intern im Rahmen von Parteien und Massenorganisationen, als auch im Staat an sich durch Teilnahme an Wahlen. Allerdings wurden diese Möglichkeiten ad absurdum geführt. Die Gründe waren vielfältig, sind aber im wesentlichen auf einen grundlegenden Faktor zurückzuführen: auf den Anspruch der SED als marxistisch-leninistische Partei die führende Rolle zur Verwirklichung des Sozialismus/Kommunismus in Staat und Gesellschaft zu besitzen.⁶⁷

SED-intern hatten Wahlen nur noch rein bestätigenden Charakter. Denn der kleine Führungskreis um den Generalsekretär beherrschte durch mehrere Methoden (beispielsweise Personalunion von führenden Funktionären in verschiedenen Organen, Kadernomenklatursystem, Zentralismus) unmittelbar und mittelbar die gesamte Partei. Demokratische Elemente waren daher reine Fassade. Auch außerhalb der SED war der Einfluss der Führungsriege immens. Massenorganisationen und Blockparteien besaßen keine Selbständigkeit, waren von der SED abhängig, wurden kontrolliert und mussten schließlich die führende Rolle der SED auch in ihren Statuten anerkennen. Letztendlich dienten Massenorganisationen lediglich als „Transmissionsriemen“.⁶⁸

Das gleiche Prinzip galt für den Staat. Durch Doppelstrukturen – der SED-Aufbau glich dem des Staates -, durch Weisungsbefugnis von ZK-Sekretären gegenüber Ministern, durch Verbindlichkeit von SED-Beschlüssen für Staatsorgane und durch weitere Kontroll- und Einflussmöglichkeiten - um nur einige Beispiele zu nennen - war der Staat vollkommen von der SED-Führung abhängig. Dass Wahlen nur akklamativen Charakter besaßen, unterstrich das Wahlsystem. Den DDR-

⁶⁶ Welzel, Christian: Von der SED zur PDS, 25.

⁶⁷ Gerner, Manfred: Partei ohne Zukunft, 16.

⁶⁸ Welzel, Christian: Von der SED zur PDS, 30.

Bürgern wurde zu Volkskammerwahlen von der „Nationalen Front“, in der alle zugelassenen Parteien, Verbände und Massenorganisationen zusammengefasst waren, Einheitslisten vorgelegt, denen ein von der SED ausgearbeiteter Verteilungsschlüssel zugrunde lag. Damit pervertierte der propagierte Pluralismus zum Scheinpluralismus. Es gab keine Auswahl zwischen sachlichen und personellen Alternativen.⁶⁹

2.2.1.2 Das ökonomisch-soziale Versorgungsdefizit

Ein weitere Komponente des latenten Krisenpotenzials war im wirtschaftlich-sozialen Bereich beheimatet. Dauerhafte ökonomische Schwäche, die sich zwar im Vergleich zu den anderen Staaten im sowjetischen Einflussbereich relativierte, aber im Vergleich zur BRD-Wohlstandsgesellschaft nicht zu übersehen war, führten zu einem permanenten Unzufriedenheitsgefühl in der Bevölkerung. Verantwortlich dafür zeichneten sich neben einem geringen Sortiment an Nahrungsmitteln besonders Versorgungsengpässe bei Luxusgütern. Zwar versuchte die politische Führung, die Mängel durch eine umfangreiche Sozialpolitik zu kompensieren. Allerdings fußte diese, da sie den finanziellen Spielraum der DDR bei weitem überschritt, auf einer breiten Schuldenpolitik. Diese nahm solche gigantische Ausmaße an, dass die DDR-Volkswirtschaft bereits zu Beginn der 80er Jahre vor dem Bankrott stand.⁷⁰

Die Gründe für die ökonomische Schieflage waren vielfältig – vor allem in den Nachkriegsjahren litt die Volkswirtschaft unter den Folgen der Reparationsforderungen seitens der Sowjetunion - konnten grundsätzlich aber auf die Ineffizienz des sozialistischen Wirtschaftssystems zurückgeführt werden.⁷¹ Folgende typusbestimmende Merkmale kennzeichneten dabei die Wirtschaftsordnung: deutliche Dominanz der gesellschaftlichen Produktionsmittel (staatliches bzw. genossenschaftliches Eigentum) und zentrale staatliche Planung sowie Lenkung der gesamten Volkswirtschaft (Produktion, Investition.

⁶⁹ Gerner, Manfred: Partei ohne Zukunft, 16.

⁷⁰ von zur Mühlen, Patrik: Aufbruch und Umbruch, 191.

⁷¹ Gerner, Manfred: Partei ohne Zukunft, 16.

Distribution, Preise, etc.). Dabei entpuppte sich die Planwirtschaft als ökonomische Sackgasse. Wirtschaftliche Ressourcen wurden nicht optimal eingesetzt, die Produktivität lag im Vergleich zum Westen auf einen sehr viel niedrigeren Level. Die Gründe, warum die politische Führung trotz aller Defizite des Wirtschaftssystems nicht von diesem abrückte, finden sich in Ideologie sowie in Herrschaftsanspruch und Ausübung wieder. Denn durch die fast ausschließliche Lenkung durch den Staat sicherte sich die SED ein ökonomisches Verfügungsmonopol. Dieses wurde ein integraler Bestandteil der Parteidiktatur, die sich damit als unauflösliche Einheit von wirtschaftlicher und politischer Herrschaft darstellte. Daher liegt die Schlussfolgerung auf der Hand, dass sich das sozialistische Wirtschaftssystem vor allem an machtstrategischer Effizienz – zur Sicherung und Erweiterung der SED-Herrschaft - orientierte.⁷²

2.2.1.3 Das nationale Identitätsdefizit

Das dritte Strukturdefizit innerhalb des SED/DDR-Systems trat in Form eines nationalen Identitätsdefizit in Erscheinung. Die deutsche Nation entstand mit der Reichsgründung im Jahre 1871. Mit Ende des 2. Weltkrieges wurde diese wieder geteilt (BRD, SBZ/DDR). Allerdings bezog sich die Aufteilung lediglich auf das Territorium, nicht aber auf das Zusammengehörigkeitsgefühl als nationale Willensgemeinschaft. Der Wunsch nach Wiedervereinigung verschwand nie aus den Köpfen der Bevölkerung in Ost und West, war aber unter dem Eindruck des Kalten Krieges nicht realisierbar.⁷³

In der Zeit bis zur Wiedervereinigung besaß weder die BRD noch die DDR eine eigene nationale Identität, mit der Folge, dass beide Staaten von einem nationalen Identitätsdefizit gekennzeichnet waren. Allerdings wirkte sich dieses in West- und Ostdeutschland unterschiedlich aus. Gemein war der Wunsch nach der Überwindung der Zweistaatlichkeit. In Bezug auf die zweite Komponente der nationalen Identität (innere

⁷² Welzel, Christian: Von der SED zur PDS, 34-35.

⁷³ ebenda, 38.

Verfasstheit) zeichnete sich im Westen aber ein wesentlich größeres Zufriedenheitspotenzial ab. Gründe hierfür waren der recht große politische Handlungsspielraum der BRD innerhalb des westlichen Bündnisses, die erfolgreiche Ökonomie (soziale Marktwirtschaft), die parlamentarische Demokratie und die pluralistische Gesellschaftsordnung. In der DDR indes wirkte sich das nationale Identitätsdefizit gravierender aus. Die monistisch-zentralistische Ordnung von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft wurde von der Bevölkerungsmehrheit abgelehnt. Die SED-Führung galt als illegitim.⁷⁴ So litt die DDR im Gegensatz zur Bundesrepublik unter beiden Komponenten nationalen Identitätsdefizits. Zum Defizit der territorialen Teilung kam das Defizit bezüglich der inneren Verfasstheit zum tragen, was sich letztendlich kontraproduktiv auf die innere Stabilisierung auswirkte.

Die SED-Führung versuchte indes, sich von der Bundesrepublik auch in nationaler Hinsicht abzugrenzen. Dies geschah stufenweise, in mehreren Etappen. Ein wesentlicher Punkt war dabei die Propagierung der These von der Herausbildung der sozialistischen Nation. Allerdings schlug dieser Versuch, eine eigene nationale Identität zu entwickeln, fehl, wie es sich spätestens während der Wende herausstellte. Die Bevölkerungsmehrheit sah sich immer noch als ein Teil der Kulturnation Deutschland. Als entscheidendes Indiz hierfür können die Demonstrationen angeführt werden, innerhalb derer unter anderem die Wiedervereinigung gefordert wurde („Wir sind das Volk“).⁷⁵

2.2.2 Zweite Ebene: Die Auswirkungen von Glasnost und Perestroika auf die DDR

Bis zum Jahr 1985 – dem Startpunkt der Reformpolitik von KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow – existierte innerhalb des sowjetischen Einflussgebietes eine klare Hierarchie. Staaten mussten sich an die Vorgaben der UdSSR halten; anhand der Breschnew-Doktrin

⁷⁴ Welzel, Christian: Von der SED zur PDS, 41.

⁷⁵ Gerner, Manfred: Partei ohne Zukunft, 17.

besaßen diese nur begrenzte nationale Souveränität. Mehrfach hatte die Sowjetunion unter Beweis gestellt, dass ein Ausscheren – egal ob von staatlicher Seite oder seitens der Bevölkerung - von ihr nicht geduldet wurde. Erhebungen in der DDR (1953), Ungarn (1956), CSRR (1968) und Polen (1981) wurden blutig niedergeschlagen und die Länder damit wieder auf den verordneten Kurs zurückgebracht. Dies bedeutete letztendlich, dass oppositionelle Bewegungen in der DDR nie eine Chance besaßen, ihr Land demokratisch zu verändern – selbst dann nicht, wenn die SED-Führung daran Interesse gezeigt hätte.⁷⁶

Dieses scheinbar unaufweichliche Fundament für das politische Handeln, das Jahrzehnte lang Bestand hatte, geriet Ende der 80er Jahre ins Wanken. Grundlage dafür bildete der 27. Parteitag der KPdSU (Februar 1986). Ein grundlegender Veränderungsprozess wurde vom neuen Generalsekretär Michail Gorbatschow eingeleitet, der damit Defizite des real existierenden Sozialismus zu beheben versuchte.⁷⁷ Die Partei gab sich auf diesem Parteitag ein neues Programm sowie ein neues Statut. Die KPdSU sollte sich reformieren, ohne dabei aber ihren Führungsanspruch aufzugeben. Gleichwohl stellte Gorbatschow aber das marxistisch-leninistische Wahrheitsmonopol in Frage.⁷⁸

Die Politik der Glasnost und Perestroika enthielt kein von vornherein feststehendes Programm. Rückblickend lassen sich aber zwei Etappen ausmachen, wobei die erste von primär ökonomisch und die zweite von einschneidenden politischen Motiven gekennzeichnet war. Anfänglich sollte das System innerhalb seiner politischen Strukturen und Kompetenzen reformiert werden. Grund hierfür war die schlechte wirtschaftliche Entwicklung in der Sowjetunion und deren Auswirkung auf die Gesellschaft. Der Zeitraum für die erste Reformwelle erstreckte sich von 1985 (27. Parteitag) bis Juni/Juli 1988 (19. Unionsparteienkonferenz). Danach war das politische System im Gesamten Gegenstand der Gorbatschowschen Reformpolitik, welche schließlich mit der Auflösung der Sowjetunion (1991) endete.⁷⁹

⁷⁶ Nakath, Monika: SED und Perestroika, 14.

⁷⁷ Modrow, Hans: Die Perestroika, 64.

⁷⁸ Nakath, Monika: SED und Perestroika, 14.

⁷⁹ Gerner, Manfred: Partei ohne Zukunft, 19. Gorbatschows Reformpolitik zielte auf eine Annäherung zwischen Ost und West ab. Auch das Verhältnis zwischen der UdSSR

Besondere Bedeutung hatte die Perestroika für die sowjetische Außenpolitik, die den Staaten innerhalb ihrer Einflussphäre letztendlich die volle Souveränität zugestand. So besaß die Breschnew-Doktrin seit 1987 (Besuch Gorbatschows in Jugoslawien) keine uneingeschränkte Gültigkeit mehr. Der KPdSU-Generalsekretär betonte später zudem die Eigenständigkeit aller kommunistischen Parteien und sprach das Recht auf selbständige Wahl der Wege der gesellschaftlichen Entwicklung zu.⁸⁰

Die SED-Führung reagierte auf den Beginn der Gorbatschowschen Reformpolitik äußerst reserviert.⁸¹ Zwar wurde auf dem 11. Parteitag der SED (April 1986) Verbundenheit zur Sowjetunion demonstriert. Doch vom lange Zeit propagierten Leitsatz „Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen“ war nichts zu hören. Viel mehr stand Selbstbeweihräucherung auf dem Programm, wobei die scheinbaren wirtschaftlichen Errungenschaften herausgestellt wurden. Selbstkritische Stimmen zur negativen Situation im eigenen Land (Unzufriedenheit seitens der Bevölkerung, desolate Wirtschaft, steigende Auslandsverschuldung) kamen oder wollten nicht zu Wort kommen. In der SED und in den Massenorganisation war kein Ansatz von Reformwillen zu erkennen. Alles sollte seinen gewohnten Gang nehmen.⁸²

Ab Herbst 1986 verschlechterte sich das Verhältnis zwischen der SED-Führung und Gorbatschow zunehmend. Grund war die sowjetische Reformpolitik, die zusehends konkrete Formen annahm und damit den Argwohn der DDR-Staats- und Parteiführung erregte.⁸³ Der Kern des Problems fand sich zum einen in Gorbatschows Wandel in der Außenpolitik („Gemeinsames europäisches Haus“, Neugestaltung der sowjetischen Beziehungen zur Bundesrepublik) und zum anderen in der sowjetischen Innenpolitik (Ansätze zur Pluralität). So fürchtete die SED zwei Dinge: zum einen, dass auch in der ostdeutschen Bevölkerung und in der SED selbst Reformbedürfnisse entstünden sowie zum anderen,

und seinen Verbündeten sollte verändert werden. Ebenso sollten gravierende innenpolitische Reformen erfolgen. Die Auflösung der Sowjetunion war aber nie das Ziel.

⁸⁰ Gerner, Manfred: Partei ohne Zukunft, 20.

⁸¹ Uschner, Manfred: Die roten Socken, 143.

⁸² Timmermann, Heiner: Die DDR, 43.

dass das SED-System selbst und damit die DDR im Gesamten zur Disposition gestellt werden könnte. Denn wären die Ideen von Glasnost und Perestroika in der DDR ungehindert auf fruchtbaren Boden gestoßen, hätte dies wahrscheinlich – unter der Voraussetzung, dass die Sowjetunion nicht interveniert hätte – das Ende der führenden Rolle der SED zur Folge gehabt.⁸⁴

Die SED-Spitze unter Führung Erich Honeckers antwortete mit Abschottung und suchte ihr Heil in der außenpolitische Offensive (Besuch Honeckers in der BRD 1987), um den Status quo zu sichern. Doch der scheinbare Erfolg wurde durch innere Entwicklungen überschattet. So skizzierte das Ministerium für Staatsicherheit ein düsteres Bild bezüglich des Unzufriedenheitspotenzials innerhalb der ostdeutschen Bevölkerung: Von dieser ging wachsender Unmut wegen der Nichtgewährung politischer Freiheiten und der schlechten Versorgungslage aus. Halt machte die schlechte Stimmung auch nicht vor den Parteimitgliedern. Statt mit Zugeständnissen oder Reformen auf die angespannte Situation zu reagieren – ab 1988 nahm die Zahl der Ausreisewilligen sprunghaft zu -, hielt die Führungsriege streng an ihrem sturen Kurs fest.⁸⁵ Vielmehr noch: Hatte die SED seit jeher versucht, sich gegen westliche ideologische Einflüsse zu schützen, traf dies nun auch auf die sozialistischen Bruderstaaten und die UdSSR selbst zu. Mit dem Verbot der sowjetischen Zeitschrift „Sputnik“ (November 1988) war ein zwischenzeitlicher Höhepunkt erreicht, Säuberrungen auch innerhalb der SED wurden angedacht.⁸⁶

Trotz aller Diskrepanzen bezüglich der politischen Entwicklung war die Parteiführung zumindest nach Außen hin bedacht, die Verbundenheit zur Sowjetunion unter Beweis zu stellen. Denn letztendlich wäre Moskau im Zweifelsfall der entscheidende Faktor für den Fortbestand der SED-Diktatur und den der DDR gewesen.⁸⁷ Jedoch wurde die Hoffnung, dass die UdSSR der SED-Führung wie in vielen Jahren zuvor Rückendeckung geben würde, spätestens im Oktober 1989 vollends enttäuscht. Trotz

⁸³ Nakath, Monika: SED und Perestroika, 39.

⁸⁴ Schroeder, Klaus: Der SED-Staat, 291.

⁸⁵ ebenda, 294.

⁸⁶ ebenda, 295.

⁸⁷ Uschner, Manfred: Die roten Socken, 145.

Flüchtlingswelle und Massendemonstrationen ging Erich Honecker bei seiner Rede anlässlich des 40. Jahrestages der Gründung der DDR nicht nur nicht auf diese Probleme ein. Viel mehr noch, in gewohnter Tradition erging sich Honecker in Selbstlob bezüglich der Errungenschaften des Sozialismus und stellte klar, dass die SED-Führung ihren Kurs unverändert fortführen werde.⁸⁸ Allerdings stießen Honeckers Ausführungen bei Gorbatschow, der mittlerweile zum Hoffnungsträger der reformfreudigen Massen avanciert war, auf wenig Verständnis. Seine Kritik fiel – wenn auch verdeckt- harsch aus: „Gefahren warten auf jene, die nicht auf das Leben reagieren. Und wer die vom Leben, von der Gesellschaft ausgehenden Impulse aufgreift und dementsprechend seine Politik gestaltet, der dürfte keine Angst vor Schwierigkeiten haben“, sagte Gorbatschow vor seiner Abreise aus Ost-Berlin am 7. Oktober. Und schon tags zuvor – während seiner Festrede – hatte sich der sowjetische Staats- und Parteichef wie folgt geäußert: „Vor allen Dingen sollen unsere westlichen Partner davon ausgehen, dass die Fragen, die die DDR betreffen, nicht in Moskau, sondern in Berlin entschieden werden.“ Im Kern konnten Gorbatschows Worte folgendermaßen verstanden werden: Die SED stand in der Pflicht, auf die gesellschaftlichen Ereignisse zu reagieren, ohne dabei aber auf das Mittel der Gewalt zurückzugreifen; ein Führungswechsel innerhalb des Politbüros würde zur Überwindung Honeckers Verweigerung von angemessenen Reformen durchaus begrüßt; eine eventuelles militärisches Einschreiten des Staates würde seitens der in der DDR stationierten sowjetischen Truppen keine Unterstützung finden.⁸⁹

Die Bewertung von Glasnost und Perestroika in Hinblick auf die Umgestaltung innerhalb des sozialistischen Staatensystems lässt folgenden Schluss zu: Anfänglich erschütterten die Reformversuche die sozialistische Welt und beschleunigten anschließend ihren Untergang.⁹⁰ Sie waren zugleich die entscheidende Voraussetzung und der Katalysator für das Ende der SED-Herrschaft, wobei das latente Krisenpotenzial als Grundlage für den Umwälzungsprozess diene.

⁸⁸ Timmermann, Heiner: Die DDR, 43.

⁸⁹ Welzel, Christian: Von der SED zur PDS, 66.

⁹⁰ Falkner, Thomas: Sturm aufs Große Haus, 6.

2.2.3 Dritte Ebene: Opposition, Massenflucht und Massendemonstrationen

Die systemimmanenten Strukturdefizite und weitere Probleme innerhalb des SED-Systems blieben für die Partei- und Staatsführung nicht folgenlos. Opposition und Widerstand seitens der Bevölkerung waren während des Bestehens der SBZ/DDR allgegenwärtig.⁹¹ Allerdings unterlagen Motivation, Form und Intensität dieser Verhaltensweisen Schwankungen, die von Entwicklungen in Politik, Wirtschaft, Sozialem und Kultur abhängig waren. Die Form der Protesthaltung war komplex. Sie reichte von gesellschaftlicher Verweigerung, Dissidenz, Opposition, Resistenz, Auflehnung bis hin zum aktiven und passiven Widerstand. Merkmale waren im Laufe der DDR-Geschichte beispielsweise individueller Protest, demonstratives Aufbegehren, ideologischer Widerstand, innerparteilicher Widerstand, politische Streiks, Massenaktionen und Bürgerinitiativen.⁹²

Oppositionelles und widerständiges Verhalten waren allerdings kein einheitliches Phänomen, welches einer zentralen Steuerung oder einer Kontinuität in Bezug auf Akteure, Form oder Forderungen unterlag.⁹³ Protest manifestierte sich in unterschiedlichen Formen. So traten Oppositionelle nach Kriegsende für Demokratie ein, Kirchen wandten sich gegen Repressalien der politischen Führung. Im Juni 1953 demonstrierten Arbeiter für soziale Rechte, forderten Neuwahlen.⁹⁴ Bis 1961 - dem Jahr des Mauerbaus - manifestierte sich Protest hauptsächlich im Verlassen der DDR. Nach dem Mauerbau aber verebbte die massenhafte Form von Verweigerung, Widerstand und Opposition. Die Bevölkerung resignierte, versuchte sich mit den Verhältnissen zu arrangieren.⁹⁵

⁹¹ Ammer, Thomas: Opposition und Widerstand, 20. Ammer kommt zum Schluss, dass die Geschichte der zugleich die Geschichte von Opposition und Widerstand gewesen sei.

⁹² Veen, Hans-Joachim: Lexikon, 7.

⁹³ Neubert, Erhart: Typen politischer Gegnerschaft, 15.

⁹⁴ Ammer, Thomas: Opposition und Widerstand, 23.

⁹⁵ Veen, Hans-Joachim: Lexikon, 9.

In den 70er Jahren drückte sich oppositionelles Verhalten wieder in dem Wunsch aus, die DDR zu verlassen. Zudem gewannen Kirchen zunehmend an Zuspruch. Sie boten Freiräume, gewannen auch für nonkonforme sowie bedrängte und systemkritische Nichtchristen an Anziehungskraft. Vor allem Jugendliche, die dem Regime zu entrinnen versuchten, fanden unter dem Dach der Evangelischen Kirche ihren Platz.⁹⁶

Hoffnung keimte dann unter der sich anbahnenden Entspannung zwischen Ost- und West in den 80er Jahren auf (Besuch Honeckers in der BRD, SED-SPD-Papier). Allerdings vermochten die oppositionellen Gruppierungen ihre potenziellen Möglichkeiten, freiheitlich-demokratische Grundrechte einzufordern, nur unzureichend zu nutzen. Spaltungstendenzen und Orientierungslosigkeit waren kennzeichnend.⁹⁷

Es bleibt festzustellen, dass das SED-System seit dem Mauerbau stabil erschien. Vielfältige Formen von Opposition waren zwar vorhanden, vermochten die DDR aber nicht in ihren Grundfesten zu erschüttern.⁹⁸

Dank des Zustandes der Abgeschlossenheit und unter Zuhilfenahme ihres Sicherheits- und Repressionsapparates gelang es der DDR-Führung widerständiges Verhalten unter Kontrolle zu halten. Alle Versuche seitens der Opposition, sich zu einer legalen Gegenkraft zu entwickeln, scheiterten auf diese Weise.⁹⁹ Erst auf dem Höhepunkt von Glasnost und Perestroika und deren Folgen gelang es im Jahr 1989, sich entscheidend zu formieren.¹⁰⁰

Die Reformen von Gorbatschow hatten großen Einfluss auf das latente Krisenpotenzial. Glasnost und Perestroika boten den Rahmen, um nach Jahrzehnten der Reform-Unmöglichkeit innerhalb der DDR demokratische Veränderungen zu fordern. Denn zum ersten Mal zeigte sich – zunächst innerhalb der Sowjetunion –, dass sozialistische Gesellschaftssysteme durchaus reformierbar waren. Bedeutend kam für die DDR-Opposition hinzu, dass sich Gorbatschow von alten Doktrinen abwandte, indem er jedem Land im Einflussbereich der UdSSR

⁹⁶ Eisenfeld, Bernd: Aktionen und Reaktionen im Wandel, 27.

⁹⁷ ebenda, 29.

⁹⁸ Sturm, Eva: Und der Zukunft zugewandt, 26.

⁹⁹ Eisenfeld, Bernd: Aktionen und Reaktionen im Wandel, 30.

¹⁰⁰ ebenda, 31.

zugestand, seine Entwicklung selbst zu bestimmen. Die Gefahr eines Einschreitens der Sowjetunion war damit gebannt. Bestätigt wurde diese Einschätzung dann noch einmal zu einem späteren Zeitpunkt – bei Gorbatschows Besuch in Ost-Berlin im Oktober 1989 anlässlich der Feierlichkeiten zum 40-jährigen Bestehen der DDR. Dort machte der Staats- und Parteichef noch einmal deutlich, dass Fragen, die DDR betreffen, in Berlin und nicht in Moskau entschieden würden. Gleichzeitig wurde die SED-Führung zu Reformen gemahnt.

Obwohl zwischen diesen Aussagen Jahre lagen und niemand sicher abschätzen konnte, ob sich die sowjetische Führung tatsächlich an ihre Zusage, sich nicht in die gesellschaftlichen Entwicklungen anderer Staaten einzumischen, halten würde, lässt sich in der Retrospektive feststellen, dass Glasnost und Perestroika der DDR-Opposition den entscheidenden Auftrieb verliehen. Die Gorbatschowschen Reformen aktivierten das latente Krisenpotenzial, ohne dass dies aber an sich dazu gereicht hätte, dass Regime zusammenbrechen zu lassen. Vielmehr bedurfte es auslösender Momente, die wie eine Initialzündung wirken oder - wie es Gerner formuliert - das Fass zum Überlaufen bringen sollten.¹⁰¹

Letztendlich leiteten zwei Faktoren den Zusammenbruch der SED-Herrschaft ein, die im Gegensatz zu vorherigen oppositionellen Verhalten wesentlich gewaltiger und damit bedeutungsschwerer waren: Fluchtbewegungen und Demonstrationen, die immer größere Ausmaße annahmen und schließlich von den Massen getragen bzw. ausgeübt wurden. Diese nahmen solche qualitative und quantitative Formen an, dass die politische Führung ihrer nicht mehr Herr werden konnte und letztendlich unter diesen einknickte und zusammenbrach.¹⁰²

Eine zentrale Position spielte dabei indirekt die Reformpolitik Gorbatschows (freie Bestimmung des gesellschaftlichen und politischen Weges eines jeden Staates) und direkt die daraus resultierenden Öffnungs-Politik Ungarns. So hatte Ungarn am 2. Mai 1989 damit

¹⁰¹ Gerner, Manfred: Partei ohne Zukunft, 23.

¹⁰² Falkner, Thomas: Sturm aufs Große Haus, 6-8.

begonnen, seine Sperranlagen entlang der Grenze abzubauen.¹⁰³ Im Laufe des Sommers flüchteten sich dann eine Vielzahl von DDR-Bürgern in die bundesdeutschen Botschaften in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei, um die Ausreise zu erzwingen. Der internationale Druck auf die Länder schwoll derart an, dass Ungarn nach Absprache mit der Bundesrepublik es den Flüchtlingen am 10. September 1989 erlaubte, über Österreich in die Bundesrepublik auszureisen. Im Laufe der Massenflucht verlor die DDR 1989 insgesamt über 343000 Bürger, wobei rund 242000 ihr Land ohne Genehmigung verließen.¹⁰⁴ Dabei kam vor allem zum Tragen, dass unter den Flüchtlingen besonders viele junge Menschen im Alter von 18 bis 29 Jahren vertreten waren. Ihr Anteil betrug zwischen dem 10. Oktober und 9. November circa 46 Prozent. Unter diesen waren überproportional viele Fach- und Hochschulabsolventen vertreten, was für die DDR-Ökonomie eine große Bedrohung darstellte. Ihre Ausreise-Motive waren schlechte politische Bedingungen, persönliche Unzufriedenheit und nicht befriedigender Lebensstandard.¹⁰⁵

Für die politische Führung zog die Massenausreise gleich mehrerlei Konsequenzen nach sich: Zum einen war dies das Problem der politischen Legitimation. Denn die Summe der Ausreisenden – während der gesamten DDR-Geschichte waren es 5,2 Mio. Personen – stellte unter Beweis, dass das System von vielen nicht akzeptiert wurde (Abstimmung mit Füßen).¹⁰⁶ Gleichzeitig stellte der Aderlass die Wirtschaft vor große Schwierigkeiten. Der Massenausreise im Jahr 1989 kam besonders große Bedeutung zu, da sie aufgrund ihrer Quantität eine gänzlich neue Qualität beinhaltete. Sie ließ sich nicht mehr herunterspielen oder als Ergebnis westlicher Propaganda darstellen. Die Flüchtlingswelle trug schließlich neben den Massendemonstrationen dazu bei, dass Erich Honecker, der bis dato mit einer immensen Machtfülle ausgestattet war, seine Ämter in Partei und Staat aufgeben musste. Mit der immensen Flüchtlingswelle

¹⁰³ Horváth, István: Wie kam es zum 9. November, 55. vgl. hierzu auch Bortfeld, Heinrich: Von der SED zur PDS, 48. Die Öffnung der Grenze habe eine Zeitbombe scharf gemacht.

¹⁰⁴ Gerner, Manfred: Partei ohne Zukunft, 23.

¹⁰⁵ Moreau, Patrick: Anatomie einer postkommunistischen Partei, 454.

¹⁰⁶ Gerner, Manfred: Partei ohne Zukunft, 23.

brachten viele Bürger der DDR zum Ausdruck, dass sie resigniert hatten und gleichzeitig keine Chancen für Reformen sahen. Andere wiederum versuchten die DDR von innen heraus zu verändern.¹⁰⁷ Grundlage dafür waren Perestroika und Glasnost, deren Zurückweisung seitens der SED-Parteiführung den Nährboden für die politische Opposition bildete. Unter dem Dach der evangelischen Kirche hatten sich informelle Gruppen herausgebildet, die später die Basis für die Oppositionsbewegung waren. 1989 gründeten sich dann eine recht große Anzahl von Oppositionsgruppen: Dazu zählten das Neue Forum (9. September), Demokratie jetzt (12. September), die Sozialdemokratische Partei (7. Oktober), der Demokratische Aufbruch (30. Oktober) und die Grüne Partei (November). Diese Gruppierungen – hinzu kamen noch eine Reihe von kleineren Bewegungen - bildeten die entscheidende Opposition gegen das SED-System und wurden die Träger des Umbruches in der Deutschen Demokratischen Republik.¹⁰⁸

Im Gegensatz zu den Ausreisenden sah die Opposition und deren Anhänger eine Möglichkeit zur Reform ihres Staates und damit eine Alternative zum real-existierenden Sozialismus. Unter dem anfänglichen Slogan „Wir sind das Volk“ gingen zunächst wenige Reformwillige auf die Straße. Dann aber entwickelte sich eine Dynamik, die die Protestmärsche immer weiter anschwellen ließ, so dass schließlich Hunderttausende für ihre Forderungen öffentlich eintraten und somit der Bewegung großen Auftrieb verliehen.¹⁰⁹

Anfänglich – der Sturz Honeckers am 18. Oktober 1989 stellte einen Wendepunkt dar – erwies sich die SED-Führung noch als Herr der Lage und konnte unter Zuhilfenahme ihres Sicherheitsapparates die Demonstrationen unter Gewaltanwendung beenden. Beispiele dafür waren Leipzig (2. Oktober), Magdeburg und Dresden (5. Oktober). Es breitete sich innerhalb des ganzen Landes eine Stimmung aus, die explosiv und für die Partei- und Staatsführung kaum noch zu beherrschen war.¹¹⁰ Die bis dahin größte Demonstration ereignete sich dann am 9.

¹⁰⁷ Gerner, Manfred: Partei ohne Zukunft, 24.

¹⁰⁸ Bortfeld, Heinrich: Von der SED zur PDS, 65-66.

¹⁰⁹ Behrend, Manfred: Der schwere Weg der Erneuerung, 97.

¹¹⁰ Gerner, Manfred: Partei ohne Zukunft, 24-25.

Oktober in Leipzig. Als entscheidend stellte sich heraus, dass der Protest gewaltlos verlief und die DDR-Führung kein „Blutbad“ anrichtete.¹¹¹

Danach nahmen die Demonstrationen solche Ausmaße an, dass sie fortan nicht mehr unterdrückt werden konnten. Politische Teilhabe - später auch die Wiedervereinigung („Wir sind ein Volk“) - wurde gefordert. Dem Machtverlust der SED war seitens der politischen Führung nichts mehr entgegenzusetzen und damit nicht mehr aufzuhalten.¹¹²

2.3 Zwischenresümee

Der erste Teil dieser Arbeit verfolgte zwei Ziele: a) eine Charakterisierung der SED anhand von wesensbestimmenden Merkmalen und b) eine Darstellung der Punkte, die die Grundlage für den Machtverlust der SED bildeten und damit mitverantwortlich für den Struktur- und Funktionswandel der lange Zeit allmächtigen Staatspartei waren. Die Analysen brachten folgende Ergebnisse:

zu a): Wesentlich für das Selbstverständnis der SED war die Ideologie, die die Grundlage alles politischen Handelns bildete. Sie bestimmte den Parteaufbau, das Verhältnis von Partei und Staat sowie das Verhältnis von Partei und Gesellschaft. Die SED sah sich als marxistisch-leninistische Partei neuen Typus. Der Logik des Marxismus-Leninismus zufolge – Vorhersage der zwangsläufigen gesellschaftlichen Entwicklung über den Sozialismus bis hin zu Kommunismus – verstand sich die SED als Vortrupp der Arbeiterklasse und leitete so den alleinigen Führungsanspruch über Staat und Gesellschaft her (Avantgardetheorie). Ihr sollte es obliegen, die historische Entwicklung voranzutreiben, wobei aber nur sie legitimiert war, den Marxismus-Leninismus zu interpretieren. So diente die Ideologie grundlegend dazu, den alleinigen Machtanspruch zu postulieren. Allerdings wurde diese noch weiter instrumentalisiert, sie fungierte als vielseitige Waffe, um die Herrschaft zu erweitern und zu sichern. Jahrzehnte lang war die sozialistische

¹¹¹ vgl. Bortfeld, Heinrich: Von der SED zur PDS, 70. Bortfeld spricht von einer Schicksalsnacht.

Weltanschauung ein probates Mittel zur Kontrolle, Integration, Abgrenzung und Sanktionierung von Gegnern, die die Interpretation des Marxismus-Leninismus seitens der Parteiführung in Frage stellten.

Auch die Organisationsprinzipien und Strukturen der SED begründeten sich auf den Marxismus-Leninismus. Für die Partei neuen Typus waren fünf Prinzipien wesentlich: demokratischer Zentralismus, innerparteiliche Demokratie, Kollektivität der Leitung, Territorialprinzip und Produktionsprinzip. Bei alleiniger Betrachtung der Theorie liegt die Schlussfolgerung nahe, dass es innerhalb der Partei durchaus viele demokratische Elemente gegeben hatte, die das Resultat von freier Entscheidungsfindung durch die Basis und von gegenseitiger Kontrolle der Parteiorgane waren. Allerdings wurde die Theorie durch die politische Praxis pervertiert: Es gelang einem relativ kleinen Kreis, die Macht an sich zu reißen und streng hierarchisiert von oben nach unten zu regieren, wobei Widerspruch nicht geduldet und Willensbildung manipuliert wurde und so eine fast vollkommene Kontrolle über alle relevanten Bereiche geschaffen wurde. Die politische Macht lag in den Händen einer kleinen Führungselite, die sich aus einem äußeren und einem inneren Kreis zusammensetzte. Dabei bildeten der Generalsekretär, das Politbüro, die ZK-Sekretäre und die 1. Sekretäre der Bezirksleitung einen operativen Führungskern. Dem Generalsekretär und dem Politbüro, das sich quasi ohne nennenswerte Kontrolle selbst rekrutierte, fielen politische Allzuständigkeiten zu, so dass diese Organe als das zentrale Machtzentrum galten. Zur Durchsetzung der Beschlüsse bedurfte der zentrale Kern einem äußeren Kreis, der als repräsentative Elite in Erscheinung trat. Diese bestand hauptsächlich aus Mitgliedern des ZK, welche ausführende Funktionen inne hatten.

Ein gewichtiges Herrschaftsinstrument der Führungselite stellte dabei das Kadernomenklatursystem dar, unter dessen Zuhilfenahme loyaler und absolut kontrollierbarer Nachwuchs gewonnen wurde, der dann auf wichtige Funktionen in Partei, Staat und Gesellschaft positioniert wurde. Das Verhältnis der SED zum Staat wird besonders deutlich, wenn zur Analyse wieder die marxistisch-leninistische Theorie herangezogen wird.

¹¹² Gerner, Manfred: Partei ohne Zukunft, 26.

Denn anhand dieser wurde der Staat als ein Hauptinstrument angesehen, um den Sozialismus – und letztendlich den Kommunismus – aufzubauen und zu gestalten. Aus diesem Verständnis heraus war der Staat nicht mehr als ein Werkzeug in den Händen der SED, deren Primat in den Verfassungen der DDR verankert wurde. Folglich wurde der Staat auf allen Ebenen und vielfältiger Weise beherrscht und kontrolliert: Parteibeschlüsse waren für die Staatsorgane verbindlich, Parteiorgane rangierten vor den entsprechenden Organen des Staates. Die Umsetzung der Beschlüsse wurde kontrolliert und gegebenenfalls korrigiert, loyale Kader besetzten alle wichtigen Staatsfunktionen. Zudem bestanden Personalunionen von Partei- und Staatsämtern und in den Ministerien waren Parteiorganisationen beheimatet.

Neben der Kontrolle über den Staat galt es für die politische Führung - zur Absicherung und zum Ausbau ihrer Macht -, auch die Volkswirtschaft sowie die zahlreichen gesellschaftlichen Organisationen zu beherrschen. Hierzu übte die SED eine Vielzahl von Funktionen monopolartig aus. Komponenten, die auch den Staat betrafen, waren Normensetzungsmonopol, Interessenartikulationsmonopol, Sach- und Personalentscheidungsmonopol, Informationsmonopol, Kommentierungsmonopol, Organisationsmonopol und Gewaltenmonopol.

zu b): Bei der Ursachenfindung für den Untergang der SED-Herrschaft ergaben die Darstellungen, dass dieser sich auf drei Ebenen vollzog: Die erste Ebene stellten systemimmanente Strukturdefizite dar, die zweite die Reformpolitik Gorbatschows und die dritte Opposition, Massenflucht und Massendemonstrationen. Dabei fußten die Strukturdefizite auf drei Säulen: dem nationalen Partizipationsdefizit (Die DDR-Bürger konnten sich politisch nicht frei beteiligen. Wahlen waren reine Fassade, die Politik wurde von der SED-Führungselite gemacht, deren Beschlüssen man sich kaum widersetzen konnte), dem ökonomischen Defizit (Das Warenangebot war gering, besonders bei Luxusgütern traten enorme Lücken auf. Insgesamt erwies sich die SED-geführte Planwirtschaft als Sackgasse in den Ruin) und dem nationalen Identifikationsdefizit

(Deutschland war eine zwangsweise geteilte Nation, wobei die BRD im Gegensatz zur DDR das Defizit besser kompensieren konnte). Systemgegnerschaft und oppositionelles Verhalten waren die Folge. Allerdings wusste die politische Führung solches Verhalten bis auf wenige Ausnahmen Jahrzehnte lang in Schach zu halten. Dafür bedurfte es aber der Rückendeckung und (militärischen) Unterstützung seitens der Sowjetunion.

Solange also die UdSSR vorbehaltlos hinter dem SED-System stand, war jegliches oppositionelles Verhalten zum Scheitern verurteilt. Das Krisenpotenzial blieb inaktiv, war aber dennoch latent vorhanden. Es bedurfte eines auslösenden Moments, um auf breiter und schlagkräftiger Basis aktiviert zu werden. Die Grundlage dafür bildete die Reformpolitik Gorbatschows. Der Generalsekretär der KPdSU leitete zunächst innerhalb der Sowjetunion wirtschaftliche und politische Reformen ein und rückte dann Ende der 80er Jahre von der Breschnew-Doktrin ab. Dies bedeutete, dass jeder Staat innerhalb des sowjetischen Einflussgebietes frei über sein gesellschaftliches und politisches Schicksal bestimmen durfte, ohne dabei eine Intervention seitens des „großen Bruders“ fürchten zu müssen. Die SED verschloss sich der Reformpolitik, stand ihr feindselig gegenüber. Für die Opposition aber wirkten Glasnost und Perestroika wie ein Katalysator. Zunächst bildeten sich 1989 größere Gruppen, dann sprang der Funke auf die Massen über. Massenflucht und Massendemonstrationen waren die Folge, derer die SED-Elite nicht mehr Herr werden konnte. Und dies nicht zuletzt, weil Gorbatschow endgültig mit der sturen Politik Honeckers gebrochen hatte und offen zu Reformen aufforderte. Gleichzeitig schloss er eine militärische Intervention seitens der UdSSR zugunsten der SED-Führung aus. Diese stand allein auf breiter Front, unfähig auf Demonstrationen, die immer größere Ausmaße annahm, und Fluchtbewegungen, die die DDR in ihrer Substanz gefährdeten, angemessen zu reagieren. Folgerichtig schlitterte nicht nur die SED in ihre finale Krise, der gesamte Staat fand sich im Laufe weniger Monate in einer Systemkrise wieder.

Anhand der Analyse des ersten Teils dieser Arbeit konnten folgende Thesen belegt werden: Die SED beherrschte als straff organisierte Partei neuen Typus Staat, Gesellschaft und Wirtschaft. Als Resultat des totalitären Systems trat ein latentes Krisenpotenzial in Erscheinung, das auf Basis der Auswirkungen von Glasnost und Perestroika aktiviert wurde und dessen die SED-Führung im Jahr 1989 nicht mehr Herr wurde. Insgesamt war das Ende der SED kein Produkt kurzfristiger Einzelergebnisse, sondern ein langwieriger Prozess, dessen Ursachen tief im SED-Herrschaftssystem verankert waren.

3. Der Transformationsprozess der SED zur PDS

Die Transformation der SED zur PDS war in einer Vielzahl von Entwicklungen eingebettet: Verlust der Führungsrolle der SED als Folge des Untergangs der sie bisher tragenden staatlichen und gesellschaftlichen Strukturen; Auflösung der SED-Führungs- und Apparatstrukturen sowie der zentralistischen Organisationsprinzipien; Einbüßung der verbindlichen Funktion des Marxismus-Leninismus für Politik und Programm der SED; Gefährdung der DDR-Eigenstaatlichkeit; Entwicklung von innerparteilicher Demokratie; Entstehung eines parlamentarischen Systems mit einem wettbewerbsorientierten Parteiensystems. Wesentliche Rollen im Transformationsprozesse spielten ebenfalls folgende Aspekte: das Verschwinden und die Entwicklung neuer Formen und Inhalte der innerparteilichen politischen Kultur; das Ausmaß der kritischen Befassung mit der politischen Praxis der SED; Akzeptanz des innerparteilichen und gesellschaftlichen Wandels unter demokratischen Bedingungen seitens der SED-Mitglieder.¹¹³

Zeitlich lässt der Transformationsprozess drei Etappen erkennen: 18. Oktober bis 3. Dezember 1989: Misserfolg der alten Führung beim Versuch, die SED zu retten; 3. Dezember bis 20. Januar 1990: SED-Erben verhindern die Auflösung der SED/SED-PDS; Beginn der Bemühungen, die SED im neuen Parteiensystem zu etablieren (seit Wahlparteitag am 24./25. Februar 1990).¹¹⁴

Anlehnend an den zeitlichen Ablauf lässt sich die Wandlung der SED in drei thematische Abschnitte einteilen: externer Machtverlust der Parteiführung, interner Machtverlust und Neuformierung zur SED-PDS bzw. letztendlich zur PDS.

¹¹³ Neugebauer, Gero: Von der SED zur PDS, 100-101.

¹¹⁴ ebenda, 101.

3.1 Die Erosion des SED-Systems

3.1.1 Der externe Machtverlust

Abgesehen von den Krisenjahren 1953 (Arbeiteraufstand) und 1961 (Bau der Berliner Mauer) erwies sich das SED-System als relativ stabil. Oppositionelles und widerständiges Verhalten wurde von der Staatsmacht in soweit unterdrückt, dass es keine breite Basis fand. 1989 aber sollte das Ende der SED eingeleitet werden.¹¹⁵ Oppositionelle Gruppen – und hinterher auch der größte Teil der Bevölkerung – stellten sich der politischen Führung immer mehr entgegen. Im September 1989 nahm der Konflikt neue Ausmaße an, die kritische Phase der Konfrontation lief an. Dabei war kennzeichnend, dass die Autorität des Staates zu bröckeln begann. Der Zerfall der parteiexternen Macht der SED-Führung setzte ein. Besonders einschneidend wirkte dabei die Abberufung Erich Honeckers von all seinen Staats- und Parteiämtern am 18. Oktober. Denn damit wurde der Machtzerfall im institutionellen Entscheidungsrahmen des politischen Systems personell und strukturell sichtbar. Der Machtverlust setzte an der für die SED-Führung empfindlichsten Stelle an. Sie verlor zunehmend die Kontrolle über die Systembereiche außerhalb der Partei.¹¹⁶

3.1.1.1 Die Ablösung von Erich Honecker

Während Massendemonstrationen und Massenausreise immer größere Dimensionen annahmen und die DDR somit immer weiter einer akuten Systemkrise entgegen ging, zeigte sich SED-Generalsekretär Erich Honecker nicht gewillt, Reformen in Angriff zu nehmen. Viel mehr war das Gegenteil der Fall: Honecker beharrte auf seinem sturen politischen Kurs, begegnete den gesellschaftlichen und politischen Ereignissen mit

¹¹⁵ Uschner, Manfred: Die roten Socken 149.

¹¹⁶ Wolf, Herbert: Woher kommt und wohin geht die PDS, 6.

Zynismus.¹¹⁷ Er erkannte keinen Handlungsbedarf und ließ auch im Politbüro keine Diskussionen aufkommen, die zur Beilegung der Krisenerscheinungen dienen sollten.¹¹⁸

Die politische Situation drohte außer Kontrolle zu geraten. Am 7. und 8. Oktober 1989 kam es während Demonstrationen zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften. Einen Tag später hätte es anlässlich der Leipziger Montagsdemonstrationen zu einer Katastrophe kommen können, wenn sich die Hardliner innerhalb des SED durchgesetzt hätten und die Proteste nach chinesischem Vorbild blutig niedergeschlagen hätten. Die Demonstration friedlich, wobei die Umstände, warum die Sicherheitskräfte nicht eingegriffen hatten, nicht eindeutig geklärt sind.¹¹⁹ Letztendlich aber waren es Einsatzleiter vor Ort, die sich Honecker widersetzen und auf Gewaltanwendung verzichteten. Dieses Verhalten stellte eine gravierende Zäsur da, die weitreichende Konsequenzen nach sich zog. Denn die SED hatte die uneingeschränkte Loyalität der bewaffneten Sicherheitsorgane - und damit eine ihrer wesentlichen Herrschaftsstützen (Gewaltmonopol) - verloren. Damit waren die Weichen auf Ablösung der alten Führungselite - namentlich Honecker - gestellt, da bedeutende Mitglieder der SED-Führungsriege mit diesen keine Chance auf eine Lösung der innenpolitischen Probleme sahen. Im Politbüro bereite eine Gruppe um ZK-Sekretär Egon Krenz die Entmachtung des bis dato allmächtigen Generalsekretärs vor.¹²⁰ Staat und Gesellschaft sollten künftig von einer neuen Führungsperson regiert werden, die die Krise mit neuen Ideen abwenden sollten.¹²¹ Die treibenden Kräfte für die Ablösung des Teiles der alten Garde waren neben Egon Krenz Günter Schabowski, Siegfried Lorenz und Wolfgang Heger. Mit einbezogen in den Plan wurden ebenfalls Harry Tisch, Kurt

¹¹⁷ Stephan, Gerd-Rüdiger: Mauerbau bis Wende 97. vgl. hierzu auch Uschner, Manfred: Die roten Socken, 150 und Moreau, Patrick: Anatomie einer postkommunistischen Partei, 454.

¹¹⁸ Welzel, Christian: Von der SED zur PDS, 65.

¹¹⁹ In der Literatur finden sich eine Vielzahl unterschiedlicher Erklärungsansätze. So geht beispielsweise Unscher davon aus, dass der Schießbefehl vorbereitet gewesen sei. Allerdings hätte Moskau bekräftigt, dass sowjetische Truppen bei inneren Auseinandersetzungen in ihren Kasernen geblieben wären. vgl. Unscher, Manfred: Die roten Socken, 151.

¹²⁰ Stephan, Gerd-Rüdiger: Mauerbau bis Wende, 97.

Hager, Werner Krolkowski und Willi Stoph.¹²² Am 17. Oktober 1989 wurde der Antrag auf Ablösung Honeckers als Generalsekretär während einer Politbürositzung gestellt, dem das Parteiorgan einstimmig zustimmte.¹²³ Am 18. Oktober folgte dann der entscheidende Schritt: Honecker wurde durch eine Entscheidung der 9. Tagung des Zentralkomitees entmachtet – er stellte ebenfalls seine Ämter als Staatsratsvorsitzender und Vorsitzende des nationalen Verteidigungsrates zur Verfügung - und die Partei-Führung wechselte auf Egon Krenz über. Zudem schieden die ZK-Sekretäre Mittag und Herrmann aus.¹²⁴

3.1.1.2 Die kurze Ära Egon Krenz

Die Entmachtung von Erich Honecker stellte aufgrund ihrer Außenwirkung einen gravierenden Einschnitt dar. Denn mit dem Abgang des ehemals mächtigsten Mann der DDR schien auch das größte Hindernis für Reformen von der politischen Bildfläche verschwunden zu sein. Allerdings dürfen die Motive der „Krenz-Gruppe“, die keineswegs aus Demokraten bestand, nicht übersehen werden. Denn den Genossen um den neuen Generalsekretär ging es nicht darum, die DDR zu demokratisieren und tief einschneidende Reformen auf den Weg zu bringen. Im Gegenteil: Ihr Ziel war es, das Machtmonopol des Politbüros und damit ihr eigenes politisches Überleben zu sichern.¹²⁵

Etliche Indizien deuten darauf hin, dass sich an den grundlegenden Interessen nichts geändert hatte: So wurden nur drei Spitzenkader ausgewechselt, ansonsten herrschte personelle Kontinuität. Desweiteren war Krenz ebenfalls ein Vertreter der alten Köpfe, auch wenn er sich fortan gegen Gewaltanwendung aussprach. Belege hierfür sind seine Mitverantwortlichkeit bei der Fälschung der Kommunalwahlen (Mai 1989), seine Solidarisierung mit der Kommunistischen Partei Chinas nach dem Massaker auf dem Platz des himmlischen Friedens und seine

¹²¹ Stephan, Gerd-Rüdiger: Mauerbau bis Wende, 98.

¹²² Bortfeld, Heinrich: Von der SED zur PDS, 74.

¹²³ Protokoll der 9. Tagung des ZK der SED.

¹²⁴ Stephan, Gerd-Rüdiger: Mauerbau bis Wende, 98.

Mitverantwortlichkeit für die Gewaltanwendung bei Demonstrationen am 7./8. Oktober 1989.¹²⁶ Zudem galt Krenz als „Ziehkind und Kronprinz“ Honeckers, da er unter Honecker ins Machtzentrum gelangt war.¹²⁷ Krenz lastete der Makel an, ein Wendehals zu sein, der sich quasi über Nacht von einem Sozialisten alter Schule in einen sozialistischen Reformen verwandelt haben wollte. Als Folge begegnete ihm die Bevölkerungsmehrheit mit Misstrauen, was seine Willigkeit für geforderte Reformen betraf.¹²⁸

Diese Einschätzung wurde durch die von Krenz geäußerten Überzeugungen und Absichten bestätigt. Zwar bewies Krenz in seiner Funktion als SED-Generalsekretär Selbstkritik, gestand gesellschaftliche und politische Fehleinschätzung¹²⁹ seitens der Führung ebenso wie wirtschaftliche Probleme¹³⁰ ein, sprach den Unmut unter Parteimitglieder an¹³¹ und gab zu, dass das Vertrauensverhältnis zwischen Partei und Volk gestört war.¹³² Allerdings müssen seine Aussagen aus verschiedenen Gründen relativiert werden. Sie hinkten den aktuellen Entwicklungen hinterher, sprachen nur Probleme an, die eh nicht mehr zu übersehen waren, gingen für eine umfassende Selbstkritik nicht genug in die Tiefe und waren deshalb unzureichend und dienten hauptsächlich zur Manipulation der öffentlichen Meinung.¹³³

Dass es Egon Krenz nicht um weitreichende Reformen ging, sondern um die Bewahrung des Systems, wurde bereits bei seiner Antrittsrede deutlich, anhand derer er Grenzen des Möglichen und Unmögliche

¹²⁵ Behrend, Manfred: Der schwere Weg der Erneuerung, 8; vgl. auch Hornbogen, Lothar: Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS, 12. Die Parteileitung begann verzweifelt um die Sicherung der politischen Macht zu kämpfen.

¹²⁶ Bortfeld, Heinrich: Von der SED zur PDS, 44-45.

¹²⁷ Moreau, Patrick: Anatomie einer postkommunistischen Partei, 454.

¹²⁸ Linnemann, Rainer: Parteien, 98.

¹²⁹ „[...]Fest steht, wir haben in den vergangenen Monaten die gesellschaftlichen Entwicklungen in unserem Lande in ihrem Wesen nicht real genug eingeschätzt und nicht rechtzeitig die richtigen Schlussfolgerungen gezogen. [...]“

¹³⁰ „[...] Die Probleme in der Volkswirtschaft, im Binnenhandel und auf den Außenmärkten haben zugenommen. Es häufen sich ungelöste Fragen bei der bedarfs- und qualitätsgerechten Versorgung der Bevölkerung [...]“

¹³¹ „[...] Genossinnen und Genossen aus den Bezirks- und Kreisparteiorganisationen, vor allem aus den Grundorganisationen unserer Partei in den Betrieben, verweisen seit längerem mit Nachdruck auf die Einhaltung unseres Status. Es verpflichtet bekanntlich jedes Parteimitglied, [...] Kritik und Selbstkritik von unten in jeder Weise zu fördern [...]“

¹³² „[...] Wir können nicht übersehen, dass die traditionelle Stütze unserer Partei, ihr Vertrauensverhältnis mit dem Volk beeinträchtigt ist [...]“

aufzeigte. Krenz machte unmissverständlich deutlich, dass der Sozialismus auf deutschem Boden nicht zur Disposition stünde und dass die SED als Führer der Arbeiterklasse und des Volkes an der Macht festhalten würde.¹³⁴ Ein Dialog mit der Opposition wurde faktisch ausgeschlossen, weil ein solcher an Bedingungen geknüpft war, die der rasanten Entwicklung der Ereignisse und den Forderungen der Demonstranten nicht mehr gerecht wurden. So stellte Krenz als Prämisse für Gespräche auf, dass alles, worüber gesprochen und diskutiert werde, das Ziel verfolgen müsse, den Sozialismus in der DDR weiter auszubauen, die sozialistischen Ideale hochzuhalten und keine der Errungenschaften preiszugeben. Damit schloss Krenz Gespräche mit Gruppen aus, die eine Überwindung des bisher existierenden Sozialismus in der DDR im Sinn hatten. Gleichzeitig bedeutete dies, dass so die Bevölkerungsmehrheit und die gesamte Opposition von einem möglichen Dialog ausgeschlossen wurden.¹³⁵

Krenz' Intention, die Wiedererlangung der politischen Offensive zu erreichen und damit die Systemkrise zu überwinden, ging allerdings nicht auf. Hauptausschlaggebend war vor allem sein grundsätzlichen Beharren auf dem Status quo ante. Zwar leitete Krenz Reformen im kleinen Maßstab ein – als Beispiel kann die Öffnung der Informations- und Artikulierungskanäle angeführt werden -, doch griffen die Angebote an die Opposition zu kurz.¹³⁶ Eine Zwangsläufigkeit, die aus den Absichten ergab, die Krenz verfolgte. Denn letztendlich ging es der politischen Führung nur darum, dass ihr Führungsanspruch unangetastet blieb. Zugeständnisse wurden nur im solchen Maße gemacht, wie es nicht mehr zu vermeiden war.¹³⁷ Für die Opposition wiederum bestand kein Anlass, den Führungsanspruch anzuerkennen und damit große Teile ihrer Forderungen – zu diesen gehörten als elementare Bestandteile freie Wahlen und der Wegfall des SED-Führungsanspruches¹³⁸ - aufzugeben. Denn die gesellschaftlichen Machtverhältnisse hatten sich faktisch

¹³³ Welzel, Christian: Von der SED zur PDS, 70-71.

¹³⁴ Gerner, Manfred: Partei ohne Zukunft, 28.

¹³⁵ Welzel, Christian: Von der SED zur PDS, 71.

¹³⁶ Behrend, Manfred: Der schwere Weg der Erneuerung, 14.

¹³⁷ Glaeßner, Gert-Joachim: Der schwierige Weg zur Demokratie, 72.

¹³⁸ Gerner, Manfred: Partei ohne Zukunft, 28-29.

zugunsten der kritischen Kräfte verschoben, wie es Massenflucht und Massendemonstration bewiesen. Die Zeit lief für die Opposition. Eine Rückkehr zu den alten Verhältnissen schien äußerst unwahrscheinlich zu sein, da die politische Führung Gewaltanwendung als Option ausgeschlossen hatte und auf der anderen Seite die Protestkundgebungen immer größeren Zulauf verzeichneten.¹³⁹ De facto hatte die SED durch den Verlust der Kontrolle über die Gesellschaft auch den ihren Herrschaftsanspruch verloren. Zwangsläufig musste dem realen Autoritätsverlust auch der Verlust des Machtmonopols in rechtlicher und institutionell-organisatorischer Form folgen.

Bis zu dem Zeitpunkt, als die SED-Führung endgültig die parteiexterne Macht verloren hatte, vollzog sich in der DDR ein Prozess, in dem die SED immer mehr Monopole - und die elementaren Säulen ihres Machtgefüges - preisgeben musste.¹⁴⁰ Dabei agierte die Parteispitze nicht, sondern nahm eine passive Rolle - die des fast ausschließlich Reagierenden - ein, der mehr oder weniger hilflos der Erosion seiner Machtgrundlagen zuschauen musste.¹⁴¹ Diese vollzog sich nicht plötzlich. Schritt für Schritt musste sich die SED dem Druck der Opposition und der Protestierenden beugen, ohne dabei in der Lage zu sein, das Heft wieder an sich zu reißen. Ein Monopol nach dem anderen musste die Führung preisgeben. Zu wegfallenden Monopolen gehörten beispielsweise: das gesellschaftliche Organisations- und das politische Aktionsmonopol¹⁴², das Entscheidungsmonopol¹⁴³ und das Machtmonopol¹⁴⁴.

¹³⁹ Welzel, Christian: Von der SED zur PDS, 73.

¹⁴⁰ Neugebauer, Gero: Die PDS, 41.

¹⁴¹ Bortfeld, Heinrich: Von der SED zur PDS, 203.

¹⁴² vgl. Welzel, Christian: Von der SED zur PDS, 75. Die SED-Führung nahm am 26. Oktober erstmals Gespräche mit dem Neuen Forum auf, womit sie die Opposition faktisch anerkannt hat. Zudem erklärte Günter Schabowski am 29. Oktober, dass Demonstrationen zur politischen Kultur in Berlin gehören werden. Letztendlich bedeutete dieser Schritt die Anerkennung von Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit.

¹⁴³ vgl. ebenda, 78. Das Politbüro versprach ein neues Wahlrecht, das freie, allgemeine, demokratische und geheime Wahlen garantieren sollte, die zudem der öffentlichen Kontrolle unterliegen sollten.

¹⁴⁴ Hornbogen, Lothar: Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS, 18. Das Primat der SED wurde am 1. Dezember von der Volkskammer aus der Verfassung von 1974 gestrichen.

Dass die SED-Führung der politischen Lage nicht mehr Herr wurde und immer mehr ihrer Autorität einbüßte, beweisen eine Vielzahl von Ereignissen. So ebte die Flüchtlingswelle nicht ab, obwohl Krenz die Flüchtlinge zum Bleiben in der DDR aufforderte.¹⁴⁵ Die Ausreisewilligen hofften - wie sich später herausstellte zurecht -, ihre Ausreise nach Vorbild der ersten Welle erzwingen zu können. Und tatsächlich setzte die SED-Führung den visafreien Reiseverkehr in die CSSR am 3. November 1989 wieder in Kraft, um nicht weiter an Prestige zu verlieren.¹⁴⁶ Mit dem Inkrafttreten war eine neue Verordnung verbunden, die besagte, dass die Ausreisewilligen ohne besondere Genehmigung über die CSSR in die BRD weiter reisen durften. 50000 Bürger nutzten allein bis zum 10. November die Möglichkeit zur Ausreise.¹⁴⁷ Verbunden mit diesem Ereignis wurde die SED-Führung seitens der Regierung der Tschechoslowakei gedrängt, eine Lösung zu finden, die die CSSR nicht länger belasten sollte. Als Reaktion darauf legte die SED einen Gesetzesentwurf vor, der erleichterte Westreisen vorsah. Doch dieser wurde von dem Rechtsausschuss der Volkskammer mit der Begründung abgelehnt, dass dieser nicht den Wünschen der Bevölkerung entspreche. Die Ablehnung stellte ein Novum in der DDR-Geschichte dar. Denn damit hatte die Volkskammer zum ersten Mal überhaupt einen Gesetzesvorschlag der SED-Fraktion abschlägig behandelt und sich seitens der SED nicht instrumentalisieren lassen.¹⁴⁸

Von da an nahm die weitere Entwicklung Richtung Machtverlust der SED rasante Züge an. Am 8. November trat das gesamte Politbüro zurück.¹⁴⁹ Bei der Neuwahl des Organs gab es erstmalig Gegenstimmen und Enthaltungen. Und mit dem Aktionsprogramm der 10. ZK-Tagung am 10. November wurde eingestanden, dass es friedlicher Proteste bedurft hatte, um die erstarrten politischen Strukturen aufzubrechen und eine Wende einzuleiten. Insgesamt gab die SED-Führung mit dem Aktionsprogramm den sachpolitischen Forderungen der Systemkritiker

¹⁴⁵ Hertle, Hans-Hermann: Das Ende der SED, 59.

¹⁴⁶ ebenda, 61.

¹⁴⁷ Welzel, Christian: Von der SED zur PDS, 76.

¹⁴⁸ Hornbogen, Lothar: Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS, 14.

¹⁴⁹ Welzel, Christian: Von der SED zur PDS, 76.

auf ganzer Linie nach, indem sie unter anderem das Wahlrecht nach demokratischen Standards reformieren wollte.¹⁵⁰

Dennoch gelang es der SED nicht, die Situation zu entschärfen. Die Demonstration richteten sich weiter gegen die politische Führung, deren Abtritt gefordert wurde. Auch mit der Öffnung der Berliner Mauer am 9. November konnte die SED die Situation nicht zu ihren Gunsten ändern.¹⁵¹ Im Gegenteil besiegelte dieser Schritt die Entmachtung der SED und leitete das Ende der DDR ein.¹⁵² Denn bei den darauf folgenden Kundgebungen geriet die Forderung „Deutschland einig Vaterland“ in den Vordergrund.¹⁵³ Eine Forderung, die weit über das hinausging, was die oppositionellen Gruppen verlangten. Damit hatten die Massen das Heft in die Hand genommen und die Opposition, die sich für die Reform der DDR einsetzte, geriet in die Isolierung.¹⁵⁴

Formell wurde unter die parteiexterne Macht der SED im Dezember 1989 der Schlussstrich gezogen. Am 1. Dezember strich die Volkskammer das Primat der SED aus der Verfassung.¹⁵⁵ Am 3. Dezember löste sich das ZK, das ZK-Sekretariat und das Politbüro auf. Am 5. Dezember fiel der Demokratische Block auseinander und wichtige Massenorganisation lösten sich von der Nationalen Front. Am 6. Dezember legte Egon Krenz seine Ämter als Staatsratsvorsitzender und als Vorsitzender des nationalen Verteidigungsrates nieder. Zwar stellte die SED in der Volkskammer immer noch die stärkste Fraktion und hatte wichtige Ministerposten inne. Doch musste sich die Regierung von Hans Modrow letztendlich am Runden Tisch den Forderungen nach Auflösung der Staatssicherheit beugen und stellte damit unter Beweis, dass sie auch nur wenig Autorität besaß.¹⁵⁶

¹⁵⁰ Welzel, Christian: Von der SED zur PDS, 78.

¹⁵¹ Uschner, Manfred: Die roten Socken, 153.

¹⁵² vgl. Hornbogen, Lothar: Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS, 16. Die SED befand sich auch nach der Maueröffnung hoffnungslos in der Defensive.

¹⁵³ Hertle, Hans-Hermann: Das Ende der SED, 65.

¹⁵⁴ Hornbogen, Lothar: Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS, 13.

¹⁵⁵ Uschner, Manfred: Die roten Socken, 156.

¹⁵⁶ Welzel, Christian: Von der SED zur PDS, 79.

3.1.2 Der interne Machtverlust

Innerhalb weniger Wochen hatte die SED-Führung und die SED im Gesamten den Großteil ihrer Autorität und Machtfülle eingebüßt. Die bis dato allmächtige Staatspartei hatte faktisch die Kontrolle über Staat und Gesellschaft verloren. Die neue, alte Parteiführung um Egon Krenz war gescheitert. Die einstige Machtfülle des politischen Zentrums bröckelte immer weiter auseinander. Aber nicht nur nach außen, sondern auch parteiintern erodierte die Autorität der Führung – zum größten Teil als Folge und Begleiterscheinung des parteiexternen Machtzerfalls.¹⁵⁷ Dabei ließ der Prozess des parteiinternen Machtverlustes durchaus Parallelen zum externen Machtzerfall erkennen, obwohl der erstgenannte mit einer geringen zeitlichen Verzögerung eintrat. Denn sowohl der interne als auch der externe Machtverlust hatte Reaktionen auf vorherige Ereignisse zur Grundlage. So folgte der Massenflucht die Massendemonstrationen seitens der Bevölkerung. Auf der anderen - der parteiinternen - Seite wurde der Protest der SED-Basis durch große Austrittswellen ausgelöst, die die Partei in ihrer Existenz zu gefährden begannen. Diese hatten zur Folge, dass die Basis im November 1989 offen gegen die Parteiführung zu rebellieren begann. Ausschlaggebend für das „verspätete“ Aufbegehren der SED-Basis gegen die Führung war der Umstand, dass die Beziehung zwischen Mitgliedern und Spitze anders geartet war als das zwischen Nicht-Mitgliedern und der politischen Führung.¹⁵⁸ So konnte das Verhältnis zwischen SED-Spitze und den übrigen Parteimitgliedern als Gefolgschaftsmacht charakterisiert werden, da die Mitglieder weitgehend ohne Zwangsmittel der Parteiführung folgten. Als Folge dessen blieb innerparteiliche Opposition, auch wenn es sie in den 50er Jahren gegeben hatte, eine Randerscheinung, die aufgrund der Ordnungsprinzipien, Ordnungsstrukturen und der Kontrollfunktionen solange keine Chance zu Entfaltung gehabt hätte, solange das Machtgefüge stabil erschien. Zudem war die Partei darauf bedacht, mögliches kritisches Verhalten von Anfang an zu vermeiden. Hierzu

¹⁵⁷ Falkner, Thomas: Sturm aufs Große Haus, 8.

¹⁵⁸ Welzel, Christian: Von der SED zur PDS, 80.

wurden Anwärter, die der SED allesamt freiwillig beitraten, auf Eignung und Linientreue überprüft und abweichendes Verhalten oder Passivität geahndet. Daher liegt der Schluss nahe, dass die SED nur solche Personen in ihren Reihen hatte, die prinzipiell nicht systemgegnerisch eingestellt waren.¹⁵⁹

Die Gründe für das freiwillige Engagement in der SED fußten auf zwei Ebenen: a) Wegen der parteiexternen Macht war die SED eine Privilegienvergabe- und Karriereorganisation. Berufliche Karriere in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft war nur möglich, wenn sich eine Person in der Partei engagiert und bewehrt hatte. Gleichzeitig war die SED selbst direkter Arbeitgeber von vielen Hunderten Bürgern. Allerdings funktionierte dieses System vom gegenseitigen Profitieren nur solange, als die SED die parteiexterne Macht besaß, ihre 45000 Parteifunktionäre mit umfangreichen materiellen Leistungen und Privilegien auszustatten.¹⁶⁰ b) Neben dem Karrieredenken dürfte eine nicht unbedeutende Anzahl von Genossen der SED aus Überzeugung beigetreten sein. Diese glaubten an die angeblich historische Mission der SED, die die Parteiführung vom Marxismus-Leninismus ableitete. Damit konnten sich solche Mitglieder als Teil des organisierten Vortrupps der Arbeiterklasse sehen. Loyalität gegenüber der Parteispitze war also garantiert – aber auch nur solange, wie die SED den gesamten Staat dominierte und damit den praktischen Beweis für die angeblich gesetzmäßige Vorreiterrolle erbrachte.¹⁶¹

Unter Berücksichtigung dieser Analysen bleibt folgender Schluss: Aufgrund ihrer parteiexternen Macht war die SED der exklusive Garant für Karriere und Privilegien. Gleichzeitig stellte sie unter Beweis, dass ihr augenscheinlich berechtigt die gesetzmäßige Rolle für das Vorantreiben der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung zugefallen war. Damit - und unter Zuhilfenahme von Kontroll- und Sanktionsmechanismen - konnte die Parteiführung der Loyalität der Mitglieder sicher sein. Allerdings konnte dieses Machtsystem nur unter einer Bedingung funktionieren: Die SED musste parteiexterne Macht

¹⁵⁹ Welzel, Christian: Von der SED zur PDS, 81.

¹⁶⁰ Linnemann, Rainer: Parteien, 98.

¹⁶¹ Welzel, Christian: Von der SED zur PDS., 82.

besitzen und aufrechterhalten. Allerdings war diese elementare Voraussetzung 1989 nicht mehr gegeben. Quasi als zwangsläufige Folge des externen Machtverlustes war die Basis nicht mehr gewillt, der Parteiführung zu folgen, die sich vor und nach dem Sturz Honeckers als unfähig erwiesen hatte, die politische Lage zu kontrollieren.¹⁶² Denn mit den fortschreitenden Verlust der parteiexternen Macht verfügte die SED nicht mehr über die Mittel, Privilegien verteilen zu können. Gleichzeitig bestand für die Karrieristen nicht mehr die Notwendigkeit, Mitglied der SED zu sein. Vielmehr konnte die Mitgliedschaft aufgrund der zunehmend feindlichen Stimmung seitens der Bevölkerungsmehrheit schädlich sein. Als logische Folge war daher der Parteiaustritt für die oben genannte Gruppe ratsam. Gleichzeitig widerlegte der Machtzerfall die These von der historisch gesetzmäßigen Führungsrolle der Partei, so dass die ideologisch überzeugten Mitglieder entweder aus der SED austraten oder grundlegende Veränderungen forderten, um die Existenz ihrer Partei nicht weiter zu gefährden.¹⁶³

Nach dem Abgang der alten Garde und dem damit verbundenen Autoritäts- und Machtverlust kehrten viele SED-Mitglieder ihrer Partei den Rücken zu oder begannen sich politisch zu emanzipieren. Allein von Oktober bis Dezember 1989 verlor die SED 600.000 Mitglieder. Bei denen, die blieben, machte sich Aufbruchsstimmung breit. Sie versuchten, die Geschicke ihrer Partei aktiv zu beeinflussen. Als kennzeichnendes Beispiel für ihren Reformwillen kann die Demonstration im Berliner Lustgarten am 10. November 1989 angeführt werden, an der sich circa 150.000 Mitglieder beteiligten. Der Druck auf die Parteiführung wuchs in kürzester Zeit derart an, dass das 11. ZK-Plenum am 13. November beschloss, zur Beilegung der Krise einen Sonderparteitag für den 15. Bis 17. Dezember 1989 einzuberufen.¹⁶⁴

Neben den Protesten nutzten die SED-Mitglieder weitere Mittel, um die Parteispitze zum Handeln zu zwingen. Besonders bemerkenswert war dabei die Bildung einer „radikal-demokratischen“ Strömung innerhalb der SED, da damit mit dem Ordnungsprinzip des Verbotes von

¹⁶² Bortfeld, Heinrich: Von der SED zur PDS, 118.

¹⁶³ Welzel, Christian: Von der SED zur PDS, 84.

¹⁶⁴ Behrend, Manfred: Der schwere Weg der Erneuerung, 203.

Fraktionsbildung gebrochen wurde. Um die Partei zu retten, waren die Vertreter der Plattform WF überzeugt, dass die alten Parteistrukturen abgelöst werden mussten und dass die SED sich auflösen musste. Die Forderungen gipfelten darin, dass die gesamte Führungselite nicht hätte Mitglied der neuen Partei hätte werden dürfen. Ein konsequenter Neubeginn sollte die Glaubwürdigkeit zurückgewinnen.¹⁶⁵

Nachdem die politische Führung unter Egon Krenz eingestanden hatte, dass sie nicht auf den Ausbruch der Konflikte und die neuen Gesellschaftsfragen vorbereitet gewesen war, griff der innere Zersetzungs- und Umschichtungsprozess auch auf die mittlere und untere Führungsschicht über. Bis Mitte November 1989 wurden alle 1. Bezirkssekretäre ausgewechselt. Anfang Dezember musste auch das Gros der 1. Kreissekretäre seinen Hut nehmen.¹⁶⁶ Es bildeten sich Basisinitiativen, die sich dem Aufruf zur Gründung der radikal-demokratischen Plattform WF anschlossen. Bei der Gründungsveranstaltung am 30. November wurde die Ablösung der SED-Führung gefordert. Der Erfolg trat am 3. Dezember ein: Die Mitglieder des Politbüros und das ZK traten zurück, die alten Parteistrukturen wurden damit aufgelöst.¹⁶⁷

3.2 Der organisatorische Wandel der SED

Die Weichen für den Zwang zum organisatorischen Wandel wurden schon früh gestellt. Faktisch mit der Ablösung Erich Honeckers und der damit verbundenen äußeren und inneren Folgen. Denn auch fortan war die SED-Führung nicht mehr in der Lage, ihren Status als alles überragende und quasi allmächtige Staatspartei zu behaupten. Der zunächst äußere Zustand, wirkte sich dann auch auf das Innenleben der Partei aus. Die innere, zentralistische Symmetrie geriet ins Wanken, da sich die SED-Basis zu emanzipieren begann. Die Frage über die Zukunft der SED wurde gestellt, wobei im Kern über die künftige ideologisch-programmatische Zielrichtung und die Parteiorganisation diskutiert und

¹⁶⁵ Gerner, Manfred: Partei ohne Zukunft, 71.

¹⁶⁶ Bortfeld, Heinrich: Von der SED zur PDS, 119.

¹⁶⁷ Teresiak, Manfred: Zeittafel, 1187.

vehement gestritten wurde. Dabei gerieten die Genossen unter Zeitdruck, da sie von den rasanten gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen überrollt wurden - mit dem Resultat, dass grundlegende Parteifragen mehrfach überdacht und den Entwicklungen angepasst werden mussten. So wurden zwischen Dezember 1989 und Juni 1991 gleich drei neue Parteistatute verabschiedet: das erste auf dem außerordentlichen Parteitag (17.12.1989), das zweite anlässlich des Wahlparteitages (25.2.1990) und schließlich das dritte am 23.6.1990 während des zweiten Parteitages.¹⁶⁸

3.2.1 Das erste Statut der SED/PDS

Unmittelbar nachdem die SED-Führung unter Generalsekretär Egon Krenz zurückgetreten war, nahm ein Arbeitsausschuss seine Tätigkeit auf, der einen Sonderparteitag der SED vorbereiten sollte.¹⁶⁹ Ziel des Sonderparteitages war in erster Linie, eine von der Parteibasis legitimierte und damit handlungsfähige Parteiführung zu wählen. Die Begleitumstände während der Vorbereitungsphase waren denkbar ungünstig: Die DDR-Sicherheitsorgane wirkten paralysiert, die Stimmung in der Nationalen Volksarmee war auf dem Nullpunkt angelangt, die Volkswirtschaft drohte zusammenzubrechen und die Glaubwürdigkeit der SED war in den Augen vieler nicht mehr gegeben. Insgesamt drohte die SED - und ihr System - im Chaos zusammenzubrechen und zu versinken.¹⁷⁰

Daher zielte der Arbeitsausschuss darauf ab, eine mögliche Auflösung der Partei und ihr Auseinanderbrechen zu verhindern.¹⁷¹ Die SED sollte zur Erreichung des Zieles reformiert und modernisiert werden.¹⁷²

Der außerordentliche Parteitag fand an zwei Wochenenden - am 8./9.12.1989 und am 16./17.12.1989 - statt. Im Gegensatz zu früheren

¹⁶⁸ Gerner, Manfred: Partei ohne Zukunft, 69.

¹⁶⁹ Neugebauer, Gero: Die PDS, 35.

¹⁷⁰ Hornbogen, Lothar: Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS, 21.

¹⁷¹ ebenda, 22.

¹⁷² ebenda, 23. Ob vom Arbeitsausschuss tatsächlich einschneidende Reformen geplant wurden, ist fraglich. Denn dieser war wegen seiner Zusammensetzung anfänglich kein Gremium, indem reformfreundige Kräfte nur als Fassade dienten. Es dominierten die Kräfte der alten SED-Führung. So war die Plattform WF zunächst nicht im Arbeitsausschuss vertreten. Die radikal-demokratischen Kräfte erhielten erst durch Druck Sitz und Stimme. vgl. hierzu Gerner, Manfred: Partei ohne Zukunft, 73.

Parteitag, die von - wenn auch aufgezwungener - Eintracht geprägt waren, entwickelten sich harte und konfliktreiche Debatten.¹⁷³ Konträre Meinungen, die auf der einen Seite einen kompletten Neuanfang und auf der anderen den Fortbestand der SED forderten, standen sich gegenüber. Allerdings wurde das erste Ziel des außerordentlichen Parteitages - die Wahl einer legitimierten und handlungsfähigen Führung - relativ schnell erreicht. Am Morgen des 9. Dezembers - nach einer stundenlangen Nachtsitzung, die keineswegs reibungslos verlief - verkündete Siegmund Hawlitzky (Leiter der Wahlkommission) die Ergebnisse der Wahlen zu den neu geschaffenen Parteiorganen: Gregor Gysi wurde mit 95,32 Prozent der 2714 Delegiertenstimmen zum Parteivorsitzenden der SED/PDS gewählt. Ferner gehörten Hans Modrow und Wolfgang Berghofer dem Führungstrio an.¹⁷⁴ Der Parteivorstand zählte 101 Mitglieder - unter diesen vier ehemalige ZK-Mitglieder bzw. ZK-Kandidaten. In der Schiedskommission war ebenfalls ein ehemaliges ZK-Mitglied vertreten. Unmittelbar nach seiner Wahl fand die konstituierende Sitzung des Parteivorstandes statt. Ebenso konstituierten sich die übrigen gewählten Parteigremien und stellten somit die Handlungsfähigkeit der Partei wieder her.¹⁷⁵

Mit der Wahl Gysis zum Parteivorsitzenden war es den Befürwortern des Fortbestandes der SED gelungen, die Existenz der Partei zu sichern. Denn Gysi sprach sich eindeutig gegen die Auflösung¹⁷⁶ aber gleichzeitig für einen Neuanfang aus.¹⁷⁷ Folgende Argumente wurden von dem Parteivorsitzenden als Begründung für die Nichtauflösung angeführt: Identifikation der Reformer mit der Partei und der Verpflichtung diese nicht ihrer politischen Heimat zu berauben; Befürchtung eines politischen Vakuums in der DDR mit unübersehbaren Folgen; Sicherung der sozialen Existenz der Parteimitglieder und ansonsten drohender Verlust des Parteieigentums.¹⁷⁸

¹⁷³ Hornbogen, Lothar: Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS, 24.

¹⁷⁴ vgl. Protokoll des außerordentlichen Parteitages, 1. Beratungstag, 5. Session.

¹⁷⁵ Hornbogen, Lothar: Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS, 24-25.

¹⁷⁶ Protokoll des außerordentlichen Parteitages, konstituierende Sitzung des Parteivorstandes des Parteivorstandes. Gregor Gysi: „Wir bleiben eine Partei, wir lassen uns nicht kaputt machen, wir wollen eine neue Partei werden mit neuem Inhalt.“

¹⁷⁷ Protokoll des außerordentlichen Parteitages, 1. Beratungstag, 5. Session.

¹⁷⁸ Gerner, Manfred: Partei ohne Zukunft, 74.

Als wesentliches Ergebnis des außerordentlichen Parteitages bleibt festzustellen, dass es der SED gelungen war, ihre Handlungsfähigkeit wieder herzustellen und ihren Fortbestand zu sichern. Allerdings stellt sich abseits des Erreichten die Frage, ob es sich bei den Veränderungen der Organisationsform tatsächlich um einen Neuanfang oder nur um eine augenwischerische Fassade gehandelt hat. Die Meinungen hierzu gehen auseinander.¹⁷⁹ Es sprechen allerdings einige Argumente dafür, dass auf dem außerordentlichen Parteitag die Grundlagen für einen ernstgemeinten Neubeginn geschaffen wurden. Das Statut der SED/PDS - verabschiedet am 17. Dezember 1989 - spiegelt die Reformgedanken wider.¹⁸⁰

So sah sich die SED/PDS nicht länger als marxistisch-leninistische Partei sondern fortan nur noch als marxistische Partei, was einem Bruch mit der leninistischen Vorstellung über die Partei neuen Typus gleichkam. Zwar strebte sie weiterhin die Vertretung aller Werktätigen an. Doch maß sich die SED/PDS nur noch die Rolle einer Partei zu, die gleichberechtigt neben anderen im politischen System mitwirkt. Damit wurde auf das Primat in Staat und Gesellschaft ausdrücklich verzichtet (Wegfall der Avantgardetheorie). Gleichzeitig wurde in der Präambel des neuen Status ausdrücklich innerparteiliche Demokratie garantiert. Zwar war dies auch schon in den vorherigen Statuten des SED festgeschrieben worden und dann ad absurdum geführt. Doch sagte sich die SED/PDS nun vom bürokratischen Zentralismus los und unterstrich gleichzeitig die Gewährung von Meinungsvielfalt innerhalb der Partei. Auch wenn in einem Atemzug neben der Meinungsvielfalt - dieses bedeutete faktisch die Erlaubnis zur Fraktionsbildung - die Einheit des Handelns unterstrichen wurde, ist m.E. der Schluss unzulässig, dass damit die Meinungsvielfalt hätte wieder eingeschränkt werden können. Denn die politische Praxis - namentlich die Existenz und das Handeln der Plattform WF - bewies, dass es zumindest eine Fraktion schon gegeben

¹⁷⁹ Gerner, Manfred: Partei ohne Zukunft, 75. Gerner bezeichnet die Reformen als halbherzig und teilweise wenig überzeugend, als Kompromiss zwischen Traditionalisten und Erneuerern.

¹⁸⁰ Statut der SED/PDS.

hatte, ohne dass die Partei dabei gegen diese vorgegangen war. Damit war und blieb das Fraktionsverbot in der SED/PDS aufgehoben.

Als weiterer Beleg für den tatsächlichen Neuanfang kann der formelle Bruch mit den alten Parteiorganen angeführt werden.¹⁸¹ So wurden beispielsweise die Organe Generalsekretär, Zentralkomitee und Politbüro abgeschafft und neue geschaffen, die an deren Stelle traten. Es waren u. a. das des Parteivorsitzenden und des Parteivorstandes und das des Parteipräsidiums. Das höchste Organ der SED/PDS bildete nach wie vor der Parteitag. Neu war aber, dass der Parteivorsitzende zwei Drittel der Stimmen der Parteitagsdelegierten auf sich vereinigen musste, um ins Amt gewählt zu werden. Zwar hatte der Parteivorsitzende eine nicht unbedeutende Machtfülle inne - Vertretung der Partei, Leitung des Parteivorstandes und Koordinierung der Arbeit des Präsidiums -, doch konnte ihm durch den Parteivorstand mit absoluter Mehrheit das Misstrauen ausgesprochen werden – mit der Folge, dass dann der Parteitag hätte einberufen werden müssen. Dieses stellte einen bedeutenden Unterschied zur alten SED dar, da über die Neubesetzung des Amtes des Generalsekretärs zuvor allein das Politbüro entschieden hatte.

Insgesamt bleibt festzustellen, dass das neue Parteistatut viele liberale Elemente enthielt, welche den Mitgliedern deutlich mehr Rechte garantierten. Erstmals bot sich den Mitgliedern auch faktisch die Möglichkeit, die Führungsriege zu kontrollieren und gegebenenfalls mittelbar aus dem Amt zu wählen. Mit dem tradierten System wurde durch das neue Statut deutlich - wenn auch nicht gänzlich - gebrochen.

3.2.2 Das erste Statut der PDS

Trotz der auf dem außerordentlichen Parteitag eingeleiteten Reformen blieb der von der SED/PDS erhoffte Stabilisierungsprozess auch um den Jahreswechsel 1989/1990 aus. Die Partei sah sich im Januar 1990 mit neuen politischen Gegebenheiten konfrontiert: Ministerpräsident Modrow begann sich schrittweise vom Festhalten an der

¹⁸¹ Statut der SED/PDS.

Eigenstaatlichkeit der DDR zu lösen; die Beteiligung der Opposition an der Regierungsverantwortung bahnte sich an; die Regierung wandte sich nach und nach von der Planwirtschaft ab; die PDS/SED verlor immer mehr Mitglieder und vorgezogene Neuwahlen zur Volkskammer standen auf dem Programm.¹⁸²

Innerparteilich - und auch nach außen hin - sorgten zwei Aspekte für Zwist und Instabilität: die Zukunft der Staatssicherheit und die nur langsam voranschreitenden Reformen.¹⁸³ Bereits am 17. November 1989 hatte Ministerpräsident Hans Modrow in seiner Regierungserklärung angekündigt, die Staatssicherheit - eine der letzten Machtbastionen des alten SED-Systems - auflösen zu wollen. Tatsächlich wurde aber nur eine Umetikettierung zum Amt für Nationale Sicherheit betrieben, was den Unmut der oppositionellen Kräfte erregte. Da die MfS-Nachfolger zur Jahreswende damit begonnen hatten umfangreich Akten zu vernichten, eskalierte die Situation: In mehreren Städten wurden die Gebäude der Staatssicherheit besetzt.¹⁸⁴ Erschwerend für die SED/PDS kam die Befürchtung der Opposition hinzu, dass die Partei auch nach den geplanten Volkskammerwahlen und der zu erwartenden Niederlage der Genossen ein gewichtiges Mittel besitzen würde, um die Politik der dann neuen Regierung zu untergraben.¹⁸⁵ Letztendlich musste Modrow nicht nur der Forderung nach Auflösung des AfNS nachgeben, auch von seinen Plänen für den Aufbau eines DDR-Verfassungsschutzes musste er absehen. Desweiteren kündigte Modrow im Januar 1990 an, die Staatssicherheit unter ziviler Kontrolle endgültig aufzulösen.¹⁸⁶

Zeitgleich zu diesen Entwicklungen begannen die parteiinternen Auseinandersetzungen über die Zukunft der SED/PDS wieder an Schärfe zuzunehmen. Weitere tiefgreifende Reformen wurden vehement gefordert. Träger waren verschiedene Plattformen (Kommunistische Plattform, Plattform Dritter Weg, Plattform Sozialdemokratischer Studienkreis und Plattform Demokratischer Sozialismus), die sich zuvor innerhalb der SED/PDS gebildet hatten. Am 18. Januar 1990 forderten

¹⁸² Neugebauer, Gero: Von der SED zur PDS, 111.

¹⁸³ Welzel, Christian: Von der SED zur PDS, 96-97.

¹⁸⁴ Behrend, Manfred: Der schwere Weg der Erneuerung, 290.

¹⁸⁵ Moreau, Patrick: Anatomie einer postkommunistischen Partei, 455.

¹⁸⁶ ebenda, 456.

sie den Parteivorstand in einer gemeinsamen Erklärung auf, einen Parteitag einzuberufen – mit dem Ziel, die SED/PDS endgültig aufzulösen, um anschließend mehrere linke Parteien zu gründen. Sollte sich der Vorstand diesen Forderungen widersetzen, dann hätte eine Gründungsinitiative für eine neue sozialistische Partei initiiert werden sollen.¹⁸⁷ In seiner Reaktion stellte sich der Parteivorstand wieder einmal gegen die Auflösung der SED/PDS, wobei als Begründung altbekannte Argumente angeführt wurden: Auflösung der Partei würde das Ende der DDR bedeuten und würde eine Spaltung der Gesellschaft nach sich ziehen.¹⁸⁸ Dabei ließ sich die Parteiführung auch nicht von ihrem Weg abbringen, als am 20. Januar 1990 Vorstandsmitglied Wolfgang Berghofer samt vieler Dresdner Genossen seinen Parteiaustritt wegen der „objektiven Erneuerungsunfähigkeit“ der Partei erklärte.¹⁸⁹ Noch am gleichen Tag aber ging der SED/PDS-Vorstand in die Offensive, wollte die Reformwilligkeit deutlich unter Beweis stellen, indem er ein Sofortprogramm verabschiedete. Die wesentlichen Programm-Punkte lauteten:¹⁹⁰ Die Schiedskommission sollte die Rehabilitierung von zu Unrecht bestraften SED-Mitgliedern konsequent durchsetzen; belastete oder reformunwillige Mitglieder sollten aus der SED/PDS ausgeschlossen werden; der hauptamtliche Parteiapparat sollte deutlich verkleinert werden; ein Teil der Parteibetriebe und Parteigebäude sollten umgehend in gesellschaftliches Eigentum überführt werden und die Arbeit an einem Parteiprogramm sollte zügig vorangetrieben werden. Weiter ließ der Parteivorstand am 4. Februar 1990 weitere Beschlüsse folgen:¹⁹¹ Das Kürzel SED wurde aus dem Parteinamen als Ergebnis der Veränderungsfortschritte gestrichen. Die Gewinne der Parteibetriebe (rund 3 Mrd. Mark) wurden dem Staatshaushalt überführt. Aufgrund der vorgezogenen Neuwahlen zur Volkskammer (18. März 1990) wurde für den 24./25. Februar der 1. Programm- und Wahlparteitag einberufen. Bezüglich der Organisationsstrukturen wurden auf dem folgenden Parteitag der PDS weitere Reformen durchgeführt, die den endgültigen

¹⁸⁷ Neugebauer, Gero: Von der SED zur PDS, 110.

¹⁸⁸ ebenda, 111.

¹⁸⁹ Moreau, Patrick: Anatomie einer postkommunistischen Partei, 454.

¹⁹⁰ Welzel, Christian: Von der SED zur PDS, 98.

¹⁹¹ Behrend, Manfred: Der schwere Weg der Erneuerung, 11.

Bruch mit dem alten SED-Parteisystem (Stichworte: demokratischer Sozialismus, Kadernomenklatursystem) bedeuteten und widerspiegeln. Vor allem wurde durch die Reformschritte die innerparteiliche Demokratie gestärkt, was anhand von wesentlichen Punkten bezüglich der Willensbildung- und Entscheidungsprozesse deutlich wurde.¹⁹² Die Rechte der Mitglieder standen nicht mehr hinter Pflichten an. Die Parteidisziplin besaß fortan keinen Vorrang vor dem Recht auf freie Meinungsäußerung und Kritik; Arbeitsgemeinschaften, Interessengruppen und Plattformen fanden ausdrückliche Billigung; den Organen auf Basis-, Kreis-, Bezirks- und Landesebene waren nun bezüglich ihrer inneren Angelegenheiten unabhängig und genossen gegenüber der zentralen Parteiführung originäre Kompetenzen; Wahlgremien hatten Kontrollbefugnisse gegenüber den entsprechenden Leitungsgremien; Personalwahlen wurden geheim abgehalten und nach dem Konkurrenz- und Mehrheitsprinzip durchgeführt.

Zusammengefasst garantierten die Reformen des 1. PDS-Parteitag innerparteilichen Pluralismus, Föderalismus und Gewaltenteilung.¹⁹³

3.2.3 Das zweite Statut der PDS

Um im wiedervereinigten Deutschland nicht politisch unterzugehen, war die Parteiführung nach der letzten Volkskammerwahl zur Überzeugung gekommen, dass dafür ein neues organisatorisches Gesamtkonzept notwendig war. Dieses sollte die unterschiedlichen Richtungen innerhalb der PDS vereinen. Allerdings verliefen die Diskussionen um das neue Statut alles andere als reibungslos, denn es stand die Frage des künftigen Parteicharakters (Partei nach konventionellem Muster oder anstatt dessen eine reine Bewegung) zur Disposition. Die Befürworter des konventionellen Konzeptes fürchteten um die Geschlossenheit und Leitbarkeit der PDS, die des Bewegungskonzeptes wollten die durch Öffnung für Nichtmitglieder aus der Isolierung führen und die Macht der

¹⁹² Welzel, Christian: Von der SED zur PDS, 101.

¹⁹³ Linnemann, Rainer: Parteien, 105. vgl. Moreau, Patrick: Anatomie einer postkommunistischen Partei, 455. Moreau sieht keine Schritte zu tiefgreifenden

Parteiführung durch verschiedenen Kontrollmechanismen seitens der Basis beschneiden.¹⁹⁴

Die Parteileitung stand also vor einer schwierigen Aufgabe. Auf der einen Seite musste sie die PDS vor der politischen Bedeutungslosigkeit bewahren und sie daher reformieren. Auf der anderen Seite stand sie vor dem Problem, den unterschiedlichen innerparteilichen Reformideen gerecht zu werden. Zwangsläufig musste ein Konzept erarbeitet werden, das auf einem Kompromiss beruhte. Dieser tragfähige Kompromiss wurde erreicht, das zweite Statut der PDS wurde per Urabstimmung (19. August bis 20. September 1991) mit überwältigender Mehrheit (97,05 Prozent) angenommen.¹⁹⁵

Die Grundlage für den Erfolg ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass das zweite Statut sowohl Reformern als auch Konservativen gerecht wurde: Zum einen öffnete sich die PDS für Nichtmitglieder - und unterstrich damit den Bewegungscharakter - und zum anderen zeigte die Partei bezüglich der Zusammensetzung und Funktionsweise weiterhin Züge einer konventionellen Partei.¹⁹⁶ So durften sich Nichtmitglieder fortan in der PDS betätigen und Mitgliederrechte wahrnehmen. Dazu gehörten unter anderem das aktive Wahlrecht. Auf der anderen Seite wurden die Rechte aber gleichzeitig beschränkt: ein Stimmrecht in Finanz- und Satzungsangelegenheiten wurde ebenso wenig zugebilligt wie das passive Wahlrecht bei Wahlen zu Funktionären und das Stimmrecht bei Urabstimmungen. Gleichzeitig konnte Personen auch der Beitritt zur PDS per Mehrheitsbeschluss der zuständigen Stelle verweigert werden, was ein Zugeständnis an die konservativen Kräfte darstellte.¹⁹⁷

Die wichtigsten Ergebnisse des neuen Statuts stellen sich wie folgt dar:¹⁹⁸ Ihrem Selbstverständnis nach sah sich die PDS sowohl als parlamentarische Aktion (Parteicharakter) als auch als

Reformen, sondern bewertet die Veränderungen lediglich als Mittel zur Rettung und Stabilisierung des Ancien Régime.

¹⁹⁴ Moreau, Patrick: Anatomie einer postkommunistischen Partei, 246.

¹⁹⁵ Gerner, Manfred: Partei ohne Zukunft, 99.

¹⁹⁶ ebenda, 106.

¹⁹⁷ ebenda, 101.

¹⁹⁸ 2. Statut der PDS.

außerparlamentarische Bewegung¹⁹⁹ (Bewegungscharakter), die das Ziel verfolgte, den „demokratischen Sozialismus“ in Deutschland zu verwirklichen - auf Grundlage des Grundgesetzes. Desweiteren wurde noch einmal das Recht der Mitglieder betont, sich zu Interessengruppen zusammenzuschließen, wobei erstmalig der Begriff Fraktion Verwendung fand. Im Vergleich mit den Organisationsprinzipien der SED stellte dieses einen gravierenden Bruch dar, da Fraktionsbildung zuvor streng verboten war und sanktioniert wurde. Weiter waren den Landesverbänden bezüglich ihrer Satzung und Programmatik Autonomie zugestanden worden. Zwar wurde bezüglich der Parteigliederung der Schwerpunkt auf das Territorialprinzip gelegt (Landesverbände, Kreisverbände und Organisationen der Basis). Daneben bestand aber auch die Möglichkeit, sich aufgrund von politischen Themenfeldern oder sonstigen gemeinsamen Interessen zu Basisorganisationen zu vereinigen. Allerdings behielt sich die Partei auch Möglichkeiten vor, gegen unliebsame Gliederungen, die erheblich gegen Grundsatzbestimmungen oder gegen das Statut verstießen, vorzugehen und diese durch jeweils übergeordnete Parteigliederung aufzulösen. Weiterhin war es für Mitglieder von nun an möglich, sich auf regionaler und Bundesebene zusammenzuschließen.²⁰⁰ Interessant ist dieser Aspekt nicht zuletzt deswegen, weil dies wieder einen Unterschied zur SED darstellte, was die vertikale und horizontale Gliederung der Partei betraf. Allerdings wurden die Rechte und Handlungsmöglichkeiten dieser Gruppierungen erheblich beschnitten (Delegiertenschlüssel, etc.) - auf der anderen Seite aber gleichzeitig wieder gefördert, denn die Gruppierungen konnten auf finanzielle Mittel der Partei hoffen.

Bezüglich der Zusammensetzung der Bundesorgane traten mit dem zweiten Statut einige Veränderungen in Kraft: Der Parteivorstand wurde verkleinert und avancierte damit zum eigentlichen Führungsgremium der PDS, wobei gleichzeitig auf den Beibehalt des Präsidiums verzichtet wurde. Als besonders bemerkenswert stellte sich der Punkt der Gleichberechtigung der Vorstandsmitglieder dar. So waren der

¹⁹⁹ Dietzel, Horst: Auseinandersetzung, 111. Der außerparlamentarische Kampf wurde als entscheidend für gesellschaftliche Veränderungen angesehen.

²⁰⁰ Moreau, Patrick: Profil einer antidemokratischen Partei, 99.

Parteivorsitzende, der Stellvertreter, der Bundesgeschäftsführer und der Schatzmeister gleichberechtigte Mitglieder des Parteivorstandes. Im Ergebnis wurde damit das altbekannte Kollektivitätsprinzip betont.

Zur Kontrolle der Parteiführung wurde ein Parteirat geschaffen. Allerdings muss die Potenz des Organs kritisch betrachtet werden, da dessen Handlungsmöglichkeiten aufgrund der heterogenen Zusammensetzung und der Tagungsrhythmen sehr eingeschränkt war.

3.3 Der ideologische und programmatische Wandel

Der fortschreitende Zusammenbruch des SED-Systems und die damit verbundenen Folgen für die Partei (Verlust des verfassungsmäßigen Primats, etc.) erforderte von der SED/PDS eine ideologische und programmatische Neuausrichtung. Dabei sah sich die SED/PDS bzw. PDS bezüglich der inhaltlichen Ausgestaltung ähnlichen Problemen gegenübergestellt wie bei der Diskussion um die neuen Parteistatute: Die Partei war innerlich in reformfreudige und konservative Kräfte gespalten, so dass es auch bei der ideologischen und programmatischen Neubestimmung galt, verschiedene Strömungen zu berücksichtigen.²⁰¹

Der Anfang zur Neuorientierung wurde bereits beim außerordentlichen Parteitag gemacht, wobei die Suche nach den Gründen für die Partei- und Systemkrise im Vordergrund standen. Einigkeit bestand bei den Reformern in der Hinsicht, dass das stalinistische System der DDR und der administrativ-zentralistische Sozialismus gescheitert waren. Die Hauptursachen der akuten Krise wurden in sechs Punkten gesehen: politische Machtkonzentration in einer Person, Steuerung der Wirtschaft durch eine Kommandozentrale, Reglementierung und bürokratische Zentralisation von Kultur, Wissenschaft und Bildung, politische Entmündung der Bürger und Kriminalisierung Andersdenkender, Verwandlung der Medienlandschaft in eine „trotzlose und widerliche Hofberichtserstattung“ sowie Ausgrenzung der Parteibasis aus allen innerparteilichen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen.²⁰²

²⁰¹ Gerner, Manfred: Partei ohne Zukunft 220.

²⁰² Neugebauer, Gero: Die PDS, 38.

Trotz dieser gravierenden Defizite stand für die Reformen zwar der Stalinismus zur Disposition, nicht aber der Sozialismus im Gesamten. Der Intention der Reformer nach musste die SED/PDS zum „marxistischen Humanismus“ zurückkehren, was konkludent beinhaltete, dass die Partei künftig auf sämtliche Monopolansprüche verzichten und sich gleichzeitig anderen sozialistischen Theoretikern öffnen musste.²⁰³

Allerdings war diese Position nicht unumstritten. Denn innerhalb der SED/PDS war immer noch eine nicht unerhebliche Mitgliederzahl, die sich in der Kommunistischen Plattform gesammelt hatte, gewillt, den Marxismus-Leninismus weiterhin zu tragen. Damit war die Partei ideologisch gespalten. Ein tragfähiger Kompromiss konnte daher nur gefunden werden, wenn dieser die an sich gegensätzlichen marxistischen und sozialdemokratischen Elemente vereinigte.²⁰⁴

Die absolute Notwendigkeit zur Kompromissfindung schlug sich dann auch auf das 1. Programm der PDS nieder. Denn im Ergebnis beinhaltete dieses nur recht unverbindliche Aussagen und allgemeine Bekenntnisse zu Werten wie Individualität, generelle Gerechtigkeit und sinnerfüllte Arbeit. Desweiteren kam hinzu, dass das Programm augenscheinlich erhebliche Widersprüche offenbarte: Verzicht auf das Wahrheitsmonopol einerseits, andererseits aber Stützung der Politik auf dem Marxismus; Bejahung der parlamentarischen Demokratie, aber gleichzeitig Forderung nach garantiertem Einfluss von Bewegungen und Organisationen auf staatliche Entscheidungsprozesse; Bekenntnis zur Gewaltenteilung, aber gleichzeitiges Verlangen nach uneingeschränkter Kompetenz der Volksvertretung.²⁰⁵

Insgesamt glich das erste Programm einem ideologisch programmatischen Spagat. Nichtsdestotrotz darf von seiner Bedeutung her nicht unterschätzt werden, denn es unterstrich deutlich - wenn man berücksichtigt, dass die Reformer aufgrund des Zwanges zur Kompromissfindung mit den konservativen Kräften gebremst wurden –

²⁰³ Neugebauer, Gero: Von der SED zur PDS, 110. vgl. Gesellschaftsanalyse: Zur Programmatik, 287. Die PDS sieht sich der marxistischen Tradition verpflichtet.

²⁰⁴ Gerner, Manfred: Partei ohne Zukunft, 222.

²⁰⁵ ebenda, 225.

den Willen, sich von den Werten und Vorstellungen der SED grundlegend zu distanzieren.²⁰⁶

Auch nach der Verabschiedung des 1. Programms stand die PDS immer noch vor einem Dilemma, da ein wirklich eigenständiges Profil fehlte und die Partei sich damit in vielen programmatischen Aspekten zu wenig von der SPD und den Grünen abgrenzte. In Hinblick auf die Parteibasis und der bevorstehenden Wahlen bedurfte es nach der Auffassung der PDS-Führung einer ausdifferenzierten und klaren inhaltlichen Vorstellung. Zudem erwies sich die endgültige Abkehr vom Marxismus-Leninismus als Notwendigkeit, um die Glaubwürdigkeit des Wandels weiter unter Beweis zu stellen.²⁰⁷

In Folge des Umstandes, dass die Reformer innerhalb der PDS an Gewicht gewannen, begann eine überaus kritische Auseinandersetzung mit dem Marxismus-Leninismus, die weit über eine Abrechnung mit dem Stalinismus hinausging.²⁰⁸ Harsche Kritik am Leninismus übte dabei der Parteivorsitzende Gregor Gysi: Ihm zufolge hätte sich der Marxismus-Leninismus nicht bewährt, sein Dogmensystem hätte keine Denkvariationen zugelassen, so dass linkes theoretisches Denken verarmte und zu apologetischer Propaganda degeneriert sei.²⁰⁹ Dennoch sollte nicht mit dem Marxismus-Leninismus im Gesamten gebrochen werden, sondern lediglich mit der Leninistischen Interpretation des Marxismus.²¹⁰ Die Intention des Reformgedankens zielte auf die Konstruktion eines „dritten Weges“ ab, der die „Marxsche materialistische Dialektik“ zur Grundlage hatte. Mit derer Hilfe sollte der Begriff „Demokratischer Sozialismus“ ausgefüllt werden. Im Kern bedeute der „dritte Weg“ eine Abrechnung mit dem Sozialismus, wie er in der DDR existiert hatte, und eine deutliche Abgrenzung zum westlichen Kapitalismus. So wurde der Kapitalismus nicht mehr grundsätzlich abgelehnt, sondern einige Wesensmerkmale durchaus anerkannt, zu denen beispielsweise die demokratische Mitwirkungsmöglichkeit seitens der Bevölkerung zählte. Auf der anderen

²⁰⁶ Neugebauer, Gero: Die PDS, 299.

²⁰⁷ Gerner, Manfred: Partei ohne Zukunft, 226.

²⁰⁸ Gesellschaftsanalyse: Zur Programmatik, 287.

²⁰⁹ Gysi, Gregor: Wir brauchen einen dritten Weg, 14.

²¹⁰ Gerner, Manfred: Partei ohne Zukunft, 227.

Seite wurde dem Kapitalismus nicht zugestanden, die „Überlebensfähigkeit der Menschheit“ zu sichern.²¹¹ Er sei destruktiv und verantwortlich für die „Gefährdung der menschlichen Zivilisation“. Aufgrund der Annahme, dass weder der Kapitalismus noch der real-existierende Sozialismus den politischen und gesellschaftlichen Erfordernissen gerecht geworden wäre, bedürfte es eines „dritten Weges“, der die negativen Seiten beider Systeme ausschließen sollte.²¹²

Im 2. Programm der PDS kamen Elemente dieses Konzeptes zum Ausdruck, wobei aber die Kritik am kapitalistischen System im Vordergrund stand. So wurde ausdrücklich die Verantwortung des Kapitalismus für „die Gefährdung der menschlichen Zivilisation“ betont. Dem gegenüber stand das politische und gesellschaftliche Ziel, das die PDS erreichen wollte: eine sozialistische Gesellschaft in Form des „Demokratischen Sozialismus“.²¹³ Allerdings dürfte damit kein Weg zurück zu alten Verhältnissen gemeint gewesen sein, da auch mit den stalinistischen Strukturen, die als „willkürlich“ und „grausam“ bezeichnet wurden, gebrochen wurde - und damit mit dem real-existierenden Sozialismus in der ehemaligen DDR.²¹⁴

Das 2. Programm warf auch viele Fragen auf und ließ in zentralen Bereichen präzise Standortbestimmungen offen, was wiederum auf den innerparteilichen Kompromisszwang zurückzuführen war: So wurde die Demokratisierung der Gesellschaft gefordert, wobei sich die PDS zur Rechtsstaatlichkeit, pluralistischen Demokratie und Gewaltenteilung bekannte. Andererseits aber blieb ein klares Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie aus. Auch im Bereich der Wirtschaftsordnung blieben Fragen ungeklärt.²¹⁵ Der Kapitalismus wurde heftigst kritisiert, eine klare Alternative wurde aber nicht genannt. Die Dominanz des privatkapitalistischen Eigentums sollte überwunden und eine Vielfalt der Eigentumsformen angestrebt werden. Dabei wurde aber

²¹¹ Wolf, Herbert: Woher kommt und wohin geht die PDS, 9.

²¹² Gerner, Manfred: Partei ohne Zukunft, 228.

²¹³ Moreau, Patrick: Anatomie einer postkommunistischen Partei, 457. Moreau bezweifelt allerdings, dass es sich um eine neue Form des Sozialismus handelt. Er sieht lediglich einen Weg zurück zu alten Verhältnissen.

²¹⁴ Neugebauer, Gero: Die PDS, 299. vgl. auch: Modrow, Hans: Die Perestroika, Der real-existierende Sozialismus habe sich als gesellschaftliches System erschöpft.

nicht deutlich, ob die bestehende Marktwirtschaft reformiert oder durch Planwirtschaft ersetzt werden sollte.²¹⁶

Im 2. Programm fielen etliche programmatische Anleihen auf, die bei der SPD und den Grünen gemacht wurden. Diese betrafen besonders die Bereiche Umweltpolitik (ökologischer Umbau), Familien- und Frauenpolitik (ersatzlose Streichung des Paragraphen 218) sowie Außen- und Deutschlandpolitik (radikale Abrüstung, Bruch bzw. Auflösung der NATO, Schuldenerlass für die „Dritte Welt“).²¹⁷

Insgesamt bleibt festzustellen, dass sich die PDS hinsichtlich ihrer Programmatik weit von der SED entfernt hat. Die Partei verurteilte den Stalinismus, ging überaus kritisch mit dem Leninismus um und sah den Sozialismus, so wie es ihn in der DDR gegeben hatte, als gescheitert an. Trotz herber Kritik am Wirtschaftssystem der BRD und ihrem Ziel, den „Demokratischen Sozialismus“ zu verwirklichen, hat die PDS die bundesrepublikanische Ordnung doch weitestgehend anerkannt. Allerdings blieb die Partei auch im 2. Programm Antworten auf Fragen schuldig, wie sie zu bestimmten Wesensmerkmalen der gesamtdeutschen Ordnung steht.

3.4 Weitere Aspekte des Transformationsprozesses

Weitere Aspekte der Transformationsprozesses der SED zur PDS waren der Wandel der Führung und der personelle Wandel.

Um den Prozess bezüglich der politischen Führung darzustellen, sei zuvor noch einmal auf die SED-Führungsstrukturen vor dem Beginn des Wandels verwiesen: Wie im ersten Teil der Arbeit erörtert, bestand die politische Führung aus zwei Elementen – einer operativen Elite (im wesentlichen das Politbüro und der Generalsekretär) und einer repräsentativen Elite (Zentralkomitee), die die Beschlüsse des Führungskerns im weiteren Sinne umzusetzen hatte. Aufgrund ihrer Ordnungsprinzipien und Ordnungsstrukturen war die SED eine streng

²¹⁵ Dietzel, Horst: Auseinandersetzung, 102. Viele PDS-Mitglieder hegten einen sehr emotional vertretenen Antikapitalismus.

²¹⁶ Gerner, Manfred: Partei ohne Zukunft, 235-236.

²¹⁷ ebenda, 240.

hierarchisierte und gegliederte Partei. Um die Kontrolle zu wahren, bediente sich die Führung des Kadernomenklatursystems, mit dessen Hilfe sich die politische Leitung quasi selbst rekrutierte. Der Zugang zur Führungsriege wurde von der Spitze kanalisiert und kontrolliert.

Mit dem Abgang der „alten Garde“ erodierte dieses System. Der Führungskern begann sich zu öffnen und stellte ab dem 2. Statut der PDS keine geschlossene Gemeinschaft mehr da. Schon beim außerordentlichen Parteitag stießen Personen in die Führung der SED/PDS vor, die zwar im weitesten Sinne dem Kadernomenklatursystem der SED entsprungen waren, aber dort keine exponierten Positionen bekleidet hatten – wie beispielsweise der Parteivorsitzende Gregor Gysi.²¹⁸ Auf Landes- und Kreisebene war bezüglich der „politischen Lebensläufe“ der Leitungspersonen ein ähnliches Bild zu erkennen. Die Führungsämter wurden von Personen besetzt, die vor 1989 nicht zur politischen Führung zählten. Im Vergleich zur alten SED wurde bezüglich der Führung ein weiterer, gewichtiger Unterschied sichtbar: Horizontale und vertikale Ämterkonzentration - im System zuvor ein probates Mittel zur absoluten Kontrolle und zum Machtausbau - traten fortan nicht mehr in Erscheinung.²¹⁹

Zur Skizzierung des Wandels in Führung und Leitung, müssen zwei weitere Aspekte Beachtung finden: die Rechte der unteren Parteiebenen und der Professionalisierungsgrad der PDS. Wie bereits erwähnt war die SED eine streng hierarchische Partei. Im Verlauf des Transformationsprozesses kristallisierte sich aber eine gegensätzliche Entwicklung heraus: Seit 1990 gewannen die Landesverbände zunehmend an Einfluss. Auch die Kreisverbände konnten ihre Eigenständigkeit und ihren Handlungsspielraum erweitern. Im Bereich der Finanzen musste die PDS während der Wandlungsphase enorme Verluste hinnehmen, was sich nicht zuletzt auf die Form der Arbeit innerhalb der PDS niederschlug. Von ehemals 44.500 hauptberuflich Beschäftigten der SED blieben nach der Transformation nur noch 152

²¹⁸ Neugebauer, Gero: Die PDS, 38.

²¹⁹ Gerner, Manfred: Partei ohne Zukunft, 205.

Personen übrig, die auf zentraler Ebene und in einigen Schlüsselpositionen auf Landesebene tätig waren.²²⁰

Auch im Bereich ihrer Mitgliederzahlen hat die PDS während des Transformationsprozesses einen gravierenden Einbruch hinnehmen müssen, der sich wellenartig vollzog.²²¹ Insgesamt kehrten 95 Prozent der ehemaligen SED-Genossen ihrer Partei innerhalb von nur drei Jahren den Rücken zu. Die Mitgliederzahl fiel von rund 2,3 Mio. (Oktober 1989) auf 150.000 Mitglieder (Anfang 1993) ab, wobei die PDS im gleichen Zeitraum kaum Neueintritte verzeichnete. Charakteristisch für die Art des Mitgliederrückgangs war, dass dieser in Ballungszentren vergleichsweise weniger gravierend ausfiel als in kleinen Orten oder auf dem Land. Desweiteren hat sich der Transformationsprozess auch auf die Sozialstruktur der PDS ausgewirkt. So traten immer mehr Arbeiter aus der PDS aus, was zwei Folgen nach sich zog: Zum einen setzte sich die PDS fortan zu einem hohen Prozentsatz aus Angestellten zusammen und damit aus ehemaligen Funktionären und Angehörigen der Intelligenz. Damit eng verbunden war die zweite Folge: Die PDS konnte sich kaum noch als Arbeiterpartei bezeichnen.²²²

Weiter fällt bei der Analyse der Sozialstruktur auf, dass die PDS-Mitglieder überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg betroffen waren. Desweiteren war die große Anzahl von älteren und alten Mitgliedern bemerkenswert, die allerdings in politischer Sicht nach außen hin nicht mehr aktiv waren. Im Umbruch waren es jüngere Genossen - und damit eine Minderheit -, die die Partei nach außen hin vertraten und Politik betrieben.²²³

²²⁰ Gerner, Manfred: Partei ohne Zukunft, 205.

²²¹ Moreau, Patrick: Profil einer antidemokratischen Partei, 97.

²²² ebenda, 100.

²²³ Behrend, Manfred: Der schwere Weg der Erneuerung, 13.

4. Fazit

Basierend auf den Erkenntnisgegenständen SED, PDS und Transformationsprozess hat diese Arbeit zwei Erkenntnisziele verfolgt:

a) eine darstellende Analyse des Transformationsprozesses unter Berücksichtigung der Ursachen, der Gründe, des Verlaufs, und des Ergebnisses

sowie

b) ein punktueller Vergleich von SED und PDS anhand von wesensbestimmenden Merkmalen (organisatorischer Aufbau und Ideologie/Programmatik).

Die Analysen haben bezüglich des Erkenntniszieles a) folgende Ergebnisse erbracht:

1) Ursachen und Gründe: Das Ende der SED war kein Produkt kurzfristiger Einzelergebnisse, sondern ein langwieriger Prozess, dessen Ursachen tief im Herrschaftssystem verankert waren und der sich auf drei Ebenen (systemimmanente Strukturdefizite, Auswirkungen von Glasnost und Perestroika sowie Opposition, Massendemonstrationen und Massenausreise) vollzog. Auch nach dem Ausbruch der akuten Systemkrise im Jahr 1989 hatte sich die SED-Führung als unfähig erwiesen, zunächst die Reformwünsche der Bevölkerung und dann die der eigenen Basis zu befriedigen. Als Folge implodierte das Herrschaftssystem innerhalb kürzester Zeit, wobei die SED-Führung sowohl ihren äußeren als inneren Machtanspruch aufgeben musste.

Die Zusammenfassung der Analysen stellt sich im Detail wie folgt dar: Ihrem Selbstverständnis nach war die SED eine straff organisierte marxistisch-leninistische Partei neuen Typus, wobei die Ideologie die Grundlage allen politischen Handelns bildete. Der Marxismus-Leninismus bestimmte den Parteaufbau, die Programmatik sowie das

Verhältnis von Partei und Staat und Partei und Gesellschaft. Charakteristisch für das Wesen der Partei waren verschiedene Organisationsprinzipien (demokratischer Zentralismus, innerparteilicher Demokratie, Kollektivität der Leitung sowie Territorial- und Produktionsprinzip). Allerdings wurden die demokratischen Elemente pervertiert und ad absurdum geführt. Die politische Macht lag nur in den Händen einer relativ kleinen Führungselite, die sich in einen inneren, operativen Führungskreis (Generalsekretär, Politbüro, ZK-Sekretäre und 1. Sekretäre der Bezirksleitungen), dem ohne Kontrolle politische Allzuständigkeiten zufielen, und in einem äußeren Führungskreis (ZK-Mitglieder) mit ausführender Funktion aufteilte. Ebenso undemokratisch wie das Verhältnis von Parteielite zur Parteibasis stellte sich auch das von SED zu Staat und Gesellschaft dar. Die SED durchdrang fast alle Bereiche des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens und beherrschte diese. Dazu bediente sie sich verschiedener Mittel und Wege: So war das Primat der Partei in der Verfassung festgeschrieben, Parteien und Organisationen mussten dieses anerkennen. Die Beschlüsse der SED waren für die Staatsorgane verbindlich. Zudem rangierten Parteiorgane grundsätzlich vor den entsprechenden Staatsorganen. Vollendung fand das System der Allmacht durch verschiedene Monopole, die die SED für sich beanspruchte. Komponenten waren das Normensetzungsmonopol, das Interessenartikulationsmonopol, das Sach- und Personalentscheidungsmonopol, das Informationsmonopol, das Kommentierungsmonopol, das Organisationsmonopol und das Gewaltenmonopol.

Die Ursachen für den Herrschaftsverlust der SED, die auf drei Ebenen zu finden waren, waren eng mit der Praxis des SED-Systems verbunden. So hatte diese unmittelbar zur Folge, dass sich ein latentes Krisenpotenzial bildete, was nur noch einer Aktivierung bedurfte. Das latente Krisenpotenzial beruhte auf drei systemimmanenten Strukturdefiziten: dem politischen Partizipationsdefizit (Den Bürgern war es faktisch nicht möglich die Politik mitzubestimmen, da Wahlen reine Fassade waren), dem ökonomisch-sozialen Versorgungsdefizit (Die Planwirtschaft erzeugte in bestimmten Bereichen eine Mangelversorgung) und dem

nationalen Identifikationsdefizit (Zweistaatlichkeit Deutschlands, die die BRD im Gegensatz zur DDR wegen ihrer wirtschaftlichen und politischen Errungenschaften besser kompensieren konnte). Ursächlich für den Machtverlust der SED war zudem die Reformpolitik Gorbatschows, die die SED-Spitze vehement ablehnte und sich dieser widersetzte. Letztendlich wirkten Glasnost und Perestroika, in Folge derer den sozialistischen Staaten im Einflussbereich der Sowjetunion freie politische und gesellschaftliche Entfaltung zugestanden wurden, aber wie ein Katalysator für die Reformbemühungen innerhalb der DDR. Und das nicht zuletzt deshalb, weil Gorbatschow die SED-Führung 1989 ausdrücklich zu Reformen aufforderte und ein eventuelles militärisches Eingreifen schon zuvor ausgeschlossen hatte. Die dritte Ebene für den sich anbahnenden Machtverlust der SED-Führung stellten die Massenflucht von resignierten DDR-Bürgern, die aufkommenden Massendemonstration (Die Forderungen nahmen schrittweise an Schärfe zu und mündeten schließlich im Wunsch nach Wiedervereinigung) und die organisierte Opposition im allgemeinen (Diese wollte hauptsächlich das bestehende System reformieren) dar.

Als entscheidend für den Untergang der SED-Herrschaft erwies sich die Unfähigkeit der politischen Führung, auf die zugespitzte Situation mit weitreichenden Reformen zu reagieren. So war auch Honeckers Nachfolger Egon Krenz trotz Reformangeboten im Kern darauf bedacht, die Herrschaft der alten Elite zu sichern, wobei er aber erfolglos blieb. Ganz im Gegenteil nahm die Erosion des externen und internen Machtanspruchs der SED-Spitze immer rasantere und gravierende Züge an. Ein Monopol nach dem anderen, die zuvor die Stützen des Systems waren, brach bis zum Zeitraum um die Jahreswende 1989/1990 weg. Zu diesen gehörten beispielsweise das Organisationsmonopol, das Aktionsmonopol, das Entscheidungsmonopol, das Machtmonopol und vor allem das Primat in der Verfassung. In der Konsequenz hatte diese Entwicklung einen gravierenden Funktionswandel (Verlust des Status als alles überragende und beherrschende Staatspartei) zur Folge.

Auch parteiintern wirkte sich die Krisenzeit mit aller Vehemenz aus. Der größte Teil der Mitglieder kehrte der SED den Rücken zu. Die Gründe

für die Austritte waren vielfältig. Sie reichten von ideologischer Enttäuschung bis hin zum reinen Pragmatismus (Karrieristen). Diejenigen, die blieben, versuchten die Geschicke fortan selbst in die Hand zu nehmen. Es bildete sich mit der Plattform WF eine erste Fraktion. Die Forderungen der parteiinternen Opposition gingen weit auseinander. Viele Mitglieder forderten die Parteiführung zum Rücktritt auf, manche hatten sogar die Auflösung der SED im Sinn. Letztendlich konnte sich die Reformer durchsetzen. Anfang Dezember 1989 beschlossen das Politbüro, das ZK und das ZK-Sekretariat geschlossen zurückzutreten. Am 6. Dezember legte auch Egon Krenz seine letzten Ämter nieder. Damit war der Weg für einen tiefgreifenden Strukturwandel frei.

2) Verlauf und Ergebnis des Transformationsprozesses: Um die Partei zu retten, war ein tiefgreifender Strukturwandel notwendig. Der Strukturwandel (Parteiaufbau, Ideologie/Programmatik und Mitglieder) vollzog sich in mehreren Schritten. Im betrachteten Zeitraum gab sich die SED/PDS bzw. PDS insgesamt drei neue Statute und zwei Programme, die das Wesen der Partei erheblich veränderten. Veränderungen ergaben sich ebenso in den Bereichen Finanzen und Mitglieder.

Die Zusammenfassung der Analysen stellt sich im Detail wie folgt dar: Der Transformationsprozess im engeren Sinne begann mit dem außerordentlichen Parteitag (8./9.12.1989 und 16./17.12.1989), in dessen Verlauf die Weichen für einen organisatorischen und ideologisch/programmatischen Neuanfang gestellt wurden. Die SED/PDS distanzierte sich vom Marxismus-Leninismus und bezeichnete sich nur noch als marxistische Partei. Sie sah sich fortan als eine Partei, die gleichberechtigt neben anderen im politischen System agierte und erkannte damit den Wegfall des Primats im Staat an. Gleichzeitig garantierte das neue Statut Meinungsvielfalt, womit faktisch die Erlaubnis zur Fraktionsbildung erteilt wurde. Der wichtigste Punkt stellte sich aber in der Schaffung neuer Parteistrukturen dar (Parteivorstand, Parteivorsitzender und Parteipräsidium), die die innerparteiliche

Demokratie durch Kontrollmöglichkeiten durch die Basis sicherstellen sollte.

Mit dem ersten Statut der PDS wurden weitere Reformschritte eingeleitet, die die innerparteiliche Demokratie stärkten. Die Rechte der Mitglieder standen nicht mehr hinter ihren Pflichten an, die Parteidisziplin besaß keinen Vorrang vor dem Recht auf freie Meinungsäußerung und Kritik. Zudem wurden Fraktionen ausdrücklich gebilligt. Desweiteren wurden die Basis-, Kreis-, Bezirks- und Landesverbände in ihrer Stellung gegenüber der Parteiführung gestellt. Zusammengefasst garantierte das erste Statut der PDS innerparteilichen Pluralismus, Föderalismus und Gewaltenteilung.

Das zweite Statut der PDS barg weitere Reformen in sich. Die PDS öffnete sich auch für Nichtmitglieder und gewährte diesen – wenn auch beschränkte – Wahlrechte. So sah sich die PDS fortan als parlamentarische Aktion (Parteicharakter) und als außerparlamentarische Bewegung (Bewegungscharakter). Erstmals wurde im Statut der Begriff „Fraktion“ genannt, was die Garantie von Meinungsvielfalt noch einmal unterstrich. Bezüglich der Parteigliederung wurde das Territorialprinzip betont. Allerdings durften sich die Mitglieder auch auf regionaler und Bundesebene in Gruppen zusammenschließen, auch wenn deren Handlungsmöglichkeiten durch das Statut beschnitten wurden. Mit der Schaffung eines Parteirates sollte ein Instrument zur Kontrolle der Parteiführung etabliert. Doch waren auch seine Handlungsmöglichkeiten aufgrund der heterogenen Zusammensetzung und seiner Tagungsrhythmen begrenzt.

In ideologisch-programmatischer Hinsicht wirkte sich der Transformationsprozess wie folgt aus: Die PDS distanzierte sich vom Stalinismus ebenso wie vom Leninismus. Insgesamt bekannte sie sich zu den bundesrepublikanischen Grundwerten, wie Rechtsstaatlichkeit, pluralistische Demokratie und Gewaltenteilung. Ein klares Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie und zur bestehenden Wirtschaftsordnung blieb allerdings aus. Die PDS wollte nach wie vor den Sozialismus erreichen, allerdings einen Sozialismus neuer Prägung,

abseits des real-existierenden Sozialismus und jenseits des westlichen Kapitalismus.

Ebenso wie in den Bereichen der Organisation und der Ideologie/Programmatik hat sich der Transformationsprozess auch auf die Mitgliederstruktur ausgewirkt. Von 1989 bis Anfang 1993 verlor die PDS rund 95 Prozent ihrer Mitglieder. Charakteristisch war, dass sich die Partei fortan zum Großteil aus Angestellten zusammensetzte und damit ihren Anspruch als Arbeiterpartei aufgeben musste. Gleichzeitig litt die PDS unter Überalterung. Neueintritte waren kaum zu verzeichnen. Bemerkenswert war auch der Punkt der Deprofessionalisierung. Von den ehemals 44.500 hauptberuflich Beschäftigten der SED blieben nach der Transformation nur noch 152 Personen übrig.

Die Analysen lassen bezüglich des Erkenntniszieles b) folgende Schlüsse zu:

Im Gegensatz zur SED, die wegen ihrer Ordnungsprinzipien und der Pervertierung der letzten innerparteilich demokratischen Elemente eine überaus zentralistische Partei war, in der die politische Macht auf eine relativ kleine Elite beschränkt war, zeigt die PDS gänzlich andere Strukturen. Parteiinterne Gewaltenteilung, Pluralismus sowie Demokratie in der Entscheidungsfindung und bei Wahlen wurden durch die neuen Statuten garantiert und auch praktiziert. Auch hinsichtlich ihrer Ideologie/Programmatik ist die PDS von der SED, die sich als marxistisch-leninistische Partei neuen Typus verstand, weit abgerückt. Zwar favorisierte auch die SED eine sozialistische Gesellschaftsordnung, doch unterscheiden sich ihre Vorstellung diesbezüglich gravierend von denen der SED. Die PDS verurteilte den Stalinismus und rechnete auch mit der Leninistischen Interpretation des Marxismus ab. Den Vorstellungen der PDS nach sollte die bundesrepublikanische Gesellschaft einen „dritten Weg“ gehen, der zwar die Errungenschaften des Kapitalismus und des Sozialismus vereint, deren negativen Seiten aber ausschließt. Ein deutliches systemfeindliches Verhalten war bei der PDS nach dem Transformationsprozess allerdings nicht mehr zu

erkennen. Unterstützung findet diese These in dem Faktum, dass die PDS nach ihrer Wandlung grundsätzlich den Anforderungen des Grundgesetzes genügte. Eine gewisse Kontinuität zwischen SED und PDS wird hinsichtlich der Mitgliedschaft und Parteiführung deutlich, da die PDS im betrachteten Zeitraum kaum Neueintritte verbucht hatte. Allerdings waren die Personen in den Führungspositionen nicht der SED-Partielite zuzurechnen. Ein nicht unbedeutender Teil der PDS vertrat zwar nach wie vor sozialistisch konservative Ideen, doch repräsentierten diese nicht mehr die reformfreundige Linie der Partei.

Insgesamt lässt sich folgendes feststellen: Die PDS ist zwar aus der SED hervorgegangen, weist aber in den Bereichen Parteaufbau und Ideologie/Programmatik erhebliche Unterschiede zur SED auf. Die PDS steht in diesen Punkten nicht in der Tradition der SED, sondern hat sich trotz unterschiedlicher Auffassungen in der Geschichtswissenschaft zu einer demokratischen Partei entwickelt.

5. Quellen- und Literaturverzeichnis

Quellen

1. Statut der Partei des Demokratischen Sozialismus; in: Wir brauchen einen dritten Weg, hrsg. von Gysi, Gregor, Hamburg, 1990.

(zitiert: 1. Statut der PDS.)

2. Statut der Partei des demokratischen Sozialismus; in: www.pds-online.de.

(zitiert: 2. Statut der PDS.)

Protokoll der 9. Tagung des ZK der SED, 18.10.1989; in: Das Ende der SED. Die letzten Tage des Zentralkomitees, hrsg. v. Hertle, Hans-Hermann, Stephan, Gerd-Rüdiger, Berlin 1997.

(zitiert: Protokoll der 9. Tagung des ZK der SED.)

Protokoll des außerordentlichen Parteitages der SED/PDS, 1. Beratungstag, 5.Session, 9.12.1989; in: Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in Berlin, hrsg. v. Hornbogen, Lothar, Nakath, Detlef, Stephan, Gerd-Rüdiger (Hrsg.), Berlin 1999.

(zitiert: Protokoll des außerordentlichen Parteitages, 1. Beratungstag, 5.Session.)

Protokoll des außerordentlichen Parteitages der SED/PDS, 1. Beratungstag, konstituierende Sitzung des Parteivorstandes, 9.12.1989; in: Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in Berlin, hrsg. v. Hornbogen, Lothar, Nakath, Detlef, Stephan, Gerd-Rüdiger (Hrsg.), Berlin 1999.

(zitiert: Protokoll des außerordentlichen Parteitages, konstituierende Sitzung des Parteivorstandes.)

Statut der SED/PDS – Partei des Demokratischen Sozialismus; in: Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in Berlin, hrsg. v. Hornbogen, Lothar, Nakath, Detlef, Stephan, Gerd-Rüdiger (Hrsg.), Berlin 1999.

(zitiert: Statut der SED/PDS.)

Literatur

Ammer, Thomas: Opposition und Widerstand von den Anfängen bis zum Mauerbau 1961; in: Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur, hrsg. v. Veen, Hans-Joachim, Eisenfeld, Peter, Kloth, Hans Michael, Knabe, Hubertus, Maser, Peter, Neubert, Ehrhart, Wilke, Manfred, Berlin, München 2000.

(zitiert: Ammer, Thomas: Opposition und Widerstand.)

Ammer, Thomas: Die Machthierarchie der SED; in: Materialien der Enquete Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung, Band II,2, hrsg. v. Deutscher Bundestag, Frankfurt (Main) 1995.

(zitiert: Ammer, Thomas: Machthierarchie der SED.)

Behrend, Manfred, Meier, Helmut (Hrsg.): Der schwere Weg der Erneuerung. Von der SED zur PDS. Eine Dokumentation, Berlin 1991.

(zitiert: Behrend, Manfred: Der schwere Weg der Erneuerung.)

Brunner, Georg: Staatsapparat und Parteiherrschaft in der DDR; in: Materialien der Enquete Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung, Band II,2, hrsg. v. Deutscher Bundestag, Frankfurt (Main) 1995.

(zitiert: Brunner, Georg: Staatsapparat und Parteiherrschaft.)

Bortfeld, Heinrich: Von der SED zur PDS. Wandlung zur Demokratie? Bonn; Berlin 1992.

(zitiert: Bortfeld, Heinrich: Von der SED zur PDS.)

Dietzel, Horst, Ihme, Bernd: Auseinandersetzung um die Programmatik der PDS; in: Die PDS. Postkommunistische Kaderorganisation, ostdeutscher Traditionsverein oder linke Volkspartei? Empirische Befunde und kontroverse Analysen, hrsg. v. Brie, Michael, Herzig, Martin, Koch, Thomas, Köln 1995.

(zitiert: Dietzel, Horst: Auseinandersetzung.)

Eisenfeld, Bernd: Aktionen und Reaktionen im Wandel – Opposition und Widerstand von 1961 bis zum Herbst 1989; in: Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur, hrsg. v. Veen, Hans-Joachim, Eisenfeld, Peter, Kloth, Hans Michael, Knabe, Hubertus, Maser, Peter, Neubert, Ehrhart, Wilke, Manfred, Berlin, München 2000.

(zitiert: Eisenfeld, Bernd: Aktionen und Reaktionen im Wandel.)

Falkner, Thomas, Gysi, Gregor: Sturm aufs Große Haus. Der Untergang der SED, Berlin 1990.

(zitiert: Falkner, Thomas: Sturm aufs Große Haus.)

Gerner, Manfred: Partei ohne Zukunft? Von der SED zur PDS, München 1994.

(zitiert: Gerner, Manfred: Partei ohne Zukunft.)

Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V. (Hrsg.): Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar, Berlin 1997.

(zitiert: Gesellschaftsanalyse: Zur Programmatik.)

Gibas, Monika: Ideologie und Propaganda; in: Die SED. Geschichte, Organisation, Politik. Ein Handbuch, hrsg. v. Herbst, Andreas, Stephan, Gerd-Rüdiger, Winkler, Jürgen, Berlin 1997.

(zitiert: Gibas, Monika: Ideologie und Propaganda.)

Glaeßner, Gert-Joachim: Der schwierige Weg zur Demokratie. Vom Ende der DDR zur deutschen Einheit, Opladen 1992.

(zitiert: Glaeßner, Gert-Joachim: Der schwierige Weg zur Demokratie.)

Gysi, Gregor (Hrsg.): Wir brauchen einen dritten Weg. Selbstverständnis und Programm der PDS, Hamburg 1990.

(zitiert: Gysi, Gregor: Wir brauchen einen dritten Weg.)

Hertle, Hans-Hermann, Stephan, Gerd-Rüdiger (Hrsg.): Das Ende der SED. Die letzten Tage des Zentralkomitees, Berlin 1997.

(zitiert: Hertle, Hans-Hermann: Das Ende der SED.)

Hornbogen, Lothar, Nakath, Detlef, Stephan, Gerd-Rüdiger (Hrsg.): Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in Berlin, Berlin 1999.

(zitiert: Hornbogen, Lothar: Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS.)

Horváth, István: Wie kam es zum 9. November 1989? Eine Sicht aus Ungarn; in: Die DDR - Erinnerung an einen untergegangenen Staat, hrsg. v. Timmermann, Heiner, Berlin 1999.

(zitiert: Horváth, István: Wie kam es zum 9. November.)

Jessen, Ralph: Partei, Staat und „Bündnispartner“: Die Herrschaftsmechanismen der SED-Diktatur; in: DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse, hrsg. v. Judt, Matthias, Berlin 1997.

(zitiert: Jessen, Ralph: Partei, Staat und Bündnispartner.)

Linnemann, Rainer: Die Parteien in den neuen Bundesländern. Konstituierung, Mitgliederentwicklung, Organisationsstrukturen, Münster 1994.

(zitiert: Linnemann, Rainer: Parteien.)

Mertens, Lothar, Voigt, Dieter (Hrsg.): Opfer und Täter im SED-Staat, Berlin 1998.

(zitiert: Mertens, Lothar: Opfer und Täter im SED-Staat.)

Modrow, Hans: Die Perestroika. Wie ich sie sehe. Persönliche Erinnerungen und Analysen eines Jahrzehnts, das die Welt veränderte, Berlin 1998.

(zitiert: Modrow, Hans: Die Perestroika.)

Modrow, Hans: Ende und Aufbruch; in: Wir brauchen einen dritten Weg, hrsg. von Gysi, Gregor, Hamburg, 1990.

(zitiert: Modrow, Hans: Ende.)

Moreau, Patrick: PDS. Anatomie einer postkommunistischen Partei, Bonn, Berlin 1992.

(zitiert: Moreau, Patrick: Anatomie einer postkommunistischen Partei.)

Moreau, Patrick: Die PDS: Profil einer antidemokratischen Partei, München 1998.

(zitiert: Moreau, Patrick: Profil einer antidemokratischen Partei.)

Nakath, Monika: SED und Perestroika. Reflexion osteuropäischer Reformversuche in den 80er Jahren, Berlin 1993.

(zitiert: Nakath, Monika: SED und Perestroika.)

Neubert, Erhart: Typen politischer Gegnerschaft; in: Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur, hrsg. v. Veen, Hans-Joachim, Eisenfeld, Peter, Kloth, Hans Michael, Knabe, Hubertus, Maser, Peter, Neubert, Erhart, Wilke, Manfred, Berlin, München 2000.

(zitiert: Neubert, Erhart: Typen politischer Gegnerschaft.)

Neugebauer, Gero: Von der SED zur PDS 1989 bis 1990; in: Die SED. Geschichte, Organisation, Politik. Ein Handbuch, hrsg. v. Herbst, Andreas, Stephan, Gerd-Rüdiger, Winkler, Jürgen, Berlin 1997.

(zitiert: Neugebauer, Gero: Von der SED zur PDS.)

Neugebauer, Gero, Stöss, Richard: Die PDS. Geschichte. Organisation. Wähler. Konkurrenten, Opladen 1996.

(zitiert: Neugebauer, Gero: Die PDS.)

Prieß, Lutz: Die Organisationsstruktur; in: Die SED. Geschichte, Organisation, Politik. Ein Handbuch, hrsg. v. Herbst, Andreas, Stephan, Gerd-Rüdiger, Winkler, Jürgen, Berlin 1997.

(zitiert: Prieß, Lutz: Die Organisationsstruktur.)

Schroeder, Klaus: Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949-1990, München 1998.

(zitiert: Schroeder, Klaus: Der SED-Staat.)

Schwerin, Manfred Graf von, Voigt, Dieter: Enteignung - Voraussetzung für die kommunistische Diktatur in der SBZ/DDR; in: Die DDR - Erinnerung an einen untergegangenen Staat, hrsg. v. Timmermann, Heiner, Berlin 1999.

(Schwerin, Manfred Graf von: Enteignung.)

Stephan, Gerd-Rüdiger: Vom Mauerbau 1961 bis zur Wende 1989; in: Die SED. Geschichte, Organisation, Politik. Ein Handbuch, hrsg. v. Herbst, Andreas, Stephan, Gerd-Rüdiger, Winkler, Jürgen, Berlin 1997.
(zitiert: Stephan, Gerd-Rüdiger: Mauerbau bis Wende.)

Sturm, Eva: "Und der Zukunft zugewandt?" Eine Untersuchung zur "Politikfähigkeit" der PDS, Opladen 2000.
(zitiert: Sturm, Eva: Und der Zukunft zugewandt.)

Teresiak, Manfred: Zeittafel zur Geschichte der SED; in: Die SED. Geschichte, Organisation, Politik. Ein Handbuch, hrsg. v. Herbst, Andreas, Stephan, Gerd-Rüdiger, Winkler, Jürgen, Berlin 1997.
(zitiert: Teresiak, Manfred: Zeittafel.)

Timmermann, Heiner: Die DDR. Nachzeichnung eines geschichtlichen Überblicks; in: Die DDR - Erinnerung an einen untergegangenen Staat, hrsg. v. Timmermann, Heiner, Berlin 1999.
(zitiert: Timmermann, Heiner: Die DDR.)

Uschner, Manfred: Die roten Socken, Berlin 1995.
(zitiert: Uschner, Manfred: Die roten Socken.)

Veen, Hans-Joachim: Warum dieses Lexikon?; in: Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur, hrsg. v. Veen, Hans-Joachim, Eisenfeld, Peter, Kloth, Hans Michael, Knabe, Hubertus, Maser, Peter, Neubert, Ehrhart, Wilke, Manfred, Berlin, München 2000.
(zitiert: Veen, Hans-Joachim: Lexikon.)

von zur Mühlen, Patrik: Aufbruch und Umbruch in der DDR. Bürgerbewegung, kritische Öffentlichkeit und Niedergang der SED-Herrschaft, Bonn 2000.
(zitiert: von zur Mühlen, Patrik: Aufbruch und Umbruch.)

Wagner, Matthias: Das Kadernomenklatorsystem. Ausdruck der führenden Rolle der SED; in: Die SED. Geschichte, Organisation, Politik. Ein Handbuch, hrsg. v. Herbst, Andreas, Stephan, Gerd-Rüdiger, Winkler, Jürgen, Berlin 1997.

(zitiert: Wagner, Matthias: Das Kadernomenklatorsystem.)

Welzel, Christian: Von der SED zur PDS: eine doktrinegebundene Staatspartei auf dem Wege zu einer politischen Partei im Konkurrenzsystem? Frankfurt (Main); Bern; New York, Paris 1992.

(zitiert: Welzel, Christian: Von der SED zur PDS.)

Winkler, Jürgen: Zum Verhältnis von Partei und Staat in der DDR; in: Die SED. Geschichte, Organisation, Politik. Ein Handbuch, hrsg. v. Herbst, Andreas, Stephan, Gerd-Rüdiger, Winkler, Jürgen, Berlin 1997.

(zitiert: Winkler, Jürgen: Zum Verhältnis von Partei und Staat.)

Wolf, Herbert: Woher kommt und wohin geht die PDS?, Berlin 1995.

(zitiert: Wolf, Herbert: Woher kommt und wohin geht die PDS.)